

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

37 (2.2.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 22. öffentliche Sitzung

Badischer Landtag.

==== Zweite Kammer. ====

22. öffentliche Sitzung

am Freitag, den 31. Januar 1908.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Fortsetzung der allgemeinen Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung:
2. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Ged. und Gen., die Kränkung verfassungsmäßiger Rechte (Former Schäußle in Rintheim) betr. — Drucksache Nr. 22 —.

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geh. Rat Dr. Freiherr von Dusch, Präsident des Ministeriums des Hochh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Wirkl. Geh. Rat Freiherr von Marschall, Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Dr. Gonsell, Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Freiherr von und zu Bodman, Ministerialrat Schellenberg.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9¹/₄ Uhr vormittags.

Es werden folgende Einläufe angezeigt:

a. Petitionen:

1. von 16 weiteren Gemeinderäten des Landes um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes;
2. der badischen Buchdruckergehilfen gegen die Errichtung einer Buchdruckerei im Landesgefängnis zu Mannheim;
3. der Orte Rülshheim, Wertheim, Schweinberg, Steinfurt, Steinbach, Hundheim, Dörlesberg, Nassig, Sonderrieth und Wiffenheim, der Löwenstein-Wertheim-Rosenberg- und Löwenstein-Wertheim-Freudenbergschen Standesherrschaften sowie der Handelsgenossenschaft Wertheim, den Bau einer Eisenbahn von Ballbörn über Hardheim-Rülshheim nach Wertheim betr. (übergeben vom Abg. Neuhaus).

Ziffer 1 wird der Petitionskommission, Ziffer 2 der Budgetkommission, Ziffer 3 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

b. Folgendes Schreiben des Präsidenten des Ministeriums der Finanzen:

„Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich unter Bezugnahme auf die in der Sitzung der II. Kammer vom 13. d. M. von den Abgg. Dr. Zehnter u. Gen. eingebrachte Interpellation, betreffend den Zwischenhandel des Reichs mit Branntwein (Drucksache Nr. 52), ergebenst in Kenntnis zu setzen, daß die Gr. Regierung zur Beantwortung der gedachten Anfrage bereit sein wird, insofern und insoweit der Gegenstand nicht schon durch die in oben erwähnter Sitzung abgegebene Erklärung und durch die weiteren Ausführungen des unterzeichneten Präsidenten in der Sitzung vom 25. ds. Mts. seine Erledigung gefunden hat und der vertrauliche Charakter der Verhandlungen im Bundesrat dies zur Zeit gestattet.“

Zur Tagesordnung erhalten das Wort:

Abg. Neuhaus (Zentr.): In der gestrigen Sitzung hat Herr Kollege Vogel von Mannheim uns erzählt, daß im Jahre 1890 die Parteileitung der Zentrumsparlei zu Mannheim bei der Stichwahl zum Reichstag ein Rundschreiben erlassen hätte, worin aufgefordert worden sei, einen Sozialdemokraten zu wählen. Ich habe hier zu erklären, daß erstens im Jahre 1890 in Mannheim noch gar keine Parteileitung der Zentrumsparlei war, sondern daß damals die Parteileitung in Heidelberg war. Jene beiden Herren, die das Rundschreiben erlassen haben, waren allerdings zwei Vertrauensleute der Zentrumsparlei, Herren, die des öfteren in die Landorte an den Sonntagen hinausgingen. Nachdem aber dieses Rundschreiben, das unmittelbar vor der Wahl erlassen worden war, bekannt geworden war, und zwar am Wahltag vor Beginn der Wahl, prangten in allen Landorten, in denen überhaupt Zentrumswähler vermutet werden konnten, bereits vor Beginn der Wahlhandlung große meterlange Plakate, in denen klar und deutlich darauf hingewiesen wurde, daß die Zentrumsparlei strenge Wahlenthaltung proklamiert habe, und daß darum nicht nach den in dem Rundschreiben angegebenen Anweisungen verfahren werden dürfe. Das Resultat der Wahl war auch dann anders, wie der Herr Kollege Vogel es gestern dargestellt hat. In der Hauptwahl hatten die Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten 6000 Stimmen mehr als die Nationalliberalen, bei der Stichwahl aber wurde der Abg. Dreesbach mit nur 3000 Stimmen Mehrheit gegen den Kandi-

daten Differenz gewählt. Ich glaube nicht, daß der Herr Kollege Vogel unterstellen wird, daß die fehlenden 3000 Stimmen, die Dreesbach nicht gewählt haben, etwa die 3000 Demokraten gewesen wären. Die Wähler, die nicht abgestimmt haben, haben sich also streng an die Parole der Zentrumsleitung gehalten.

Bereits vor ein paar Landtagen habe ich hier angeregt, ob es nicht am Platze sei, der Frage näher zu treten, die in der Umgegend größerer Städte liegenden Landgemeinden in irgend einer Weise zu entlasten für die großen Nachteile, welche ihnen, weil in der Peripherie von Industriezentren gelegen, dadurch entstehen, daß viele industrielle Arbeiter, die in der betr. größeren Stadt ihre Beschäftigung finden, ihren Wohnsitz draußen auf dem Lande nehmen. Die Orte in der Umgegend größerer Städte vermehren sich außerordentlich rasch, und zwar nicht nur durch den natürlichen Zuwachs, sondern vor allem durch Zuzug; viele Arbeiter wohnen draußen auf dem Lande, was ja an und für sich mit Freuden zu begrüßen ist, namentlich im Interesse der Frauen und Kinder, die die gesunde Luft genießen können. Aber diese Landgemeinden haben eben dadurch größere Lasten zu tragen, ihnen fällt vor allen Dingen die Last der Volksschule zu, während durch die Arbeit des Arbeiters in der Stadt dort das Kapital und der Reichtum stets wachsen.

Ueberhaupt sind die Lasten in den kleinen Landgemeinden größere als in den Städten. Und was haben diese Gemeinden trotz ihren hohen unerschwinglichen Umlagen für Vorteile gegenüber den großen Städten? Keine, im Gegenteil, die Städte bieten im allgemeinen trotz ihrer viel niedrigeren Umlagen viel größere Annehmlichkeiten, weil dort über das Notwendige hinaus z. B. prachtvolle Theaterbauten, große Festhallen, selbstredend tadellose Asphalttrottoirs hergestellt werden, auch haben dort die Kinder Gelegenheit, alle Arten von Mittelschulen zu besuchen. Draußen auf dem Lande aber bringt der Bau einer Volksschule, der Bau einer Wasserleitung oder einer Straße zum Nachbarort die Gemeinden an den äußersten Rand ihrer Leistungsfähigkeit, und dazu geben noch diese Orte jahraus jahrein ihre kräftige Jungmannschaft an die großen Städte ab und liefern ihnen damit einen natürlichen Kapitalzuwachs. Ich bitte darum — angeregt ist diese Sache schon von dem Herrn Kollegen Zehner —, daß die Regierung aus diesen Gründen bei den nächsten Budgetperioden stärkere und mehr Mittel einstellt für die Unterstützung der kapitalschwachen Landgemeinden.

Es soll uns auch eine Vorlage zugehen wegen der Wertzuwachssteuer. Ich weiß nicht, wie diese Vorlage aussehen wird, und ich weiß auch nicht, in welcher Gestalt sie zum Gesetz erhoben werden wird; aber jedenfalls wird sie nach den bisherigen Erfahrungen eine neue Einnahmequelle für die Städte bilden. Vielleicht ist uns dann hier Gelegenheit geboten, einen volkswirtschaftlichen Fond zu bilden, und in diesem Fond Summen anzusammeln für die soziale Hebung der ländlichen Gemeinden, die ja, wie ich vorhin schon gesagt habe, so außerordentlich viel zum sogenannten unverdienten Wertzuwachs in den Städten beitragen. Wir wollen nicht vergessen, daß die Entwicklung unserer Großstädte, das Wachsen und Gedeihen derselben doch auch vielfach natürliche Ursachen hat, die die Städte selbst nicht schaffen konnten. Eine Universität, eine Garnison, ein Eisenbahnnotenpunkt, große Hafenbauten u. dgl., das sind große Wohltaten für eine Stadt, und es ist daher nicht allein ein Verdienst dieser Orte, wenn dort ein Wertzuwachs eintritt. Ich bin deshalb der Meinung, es könnten aus diesem Wertzuwachs auch der Staatskasse Mittel zufließen

zur Bildung eines sozialen Fonds zur Unterstützung notleidender und schwachbemittelter Gemeinden.

Der Herr Finanzminister hat uns in Aussicht gestellt, daß er in etwa 2 Jahren seine Absicht zu verwirklichen hofft, eine viel einfachere, klarere und übersichtlichere Neugestaltung des Finanzgesetzes vorzunehmen. Vielleicht ist dann der Herr Finanzminister auch in der Lage, aufzuräumen mit dem derzeitigen sog. „ausgeschiedenen Verwaltungszweige“. Ich glaube, wenn die Staatsbahn ebenso wie alle anderen staatlichen Verwaltungszweige dem Rot- und Blauhist des Finanzministers unterworfen sein würden, so würden im Betriebe und auch bei den Bauten manche Ersparnisse gemacht werden, so daß dadurch auch bei uns in Baden der Betriebskoeffizient wesentlich heruntergehen würde. Die Meinung ist auch falsch, die man so oft hören muß, daß die Staatsbahnen mit den Steuerzahlern nichts zu tun hätten. Ich kann aus eigener Erfahrung hier erzählen, daß diese Meinung selbst bei höheren Eisenbahnbeamten — ich meine nicht Herren, die im jetzigen Ministerium der Eisenbahn sitzen — vertreten ist. Denn wenn Gemeinden um eine solange sehnlichst erstrebte Eisenbahn petitionieren und ihrem Wunsche hinzusetzen, wir sind doch auch Steuerzahler, müssen sie oft die Antwort hören: „Ei! was geht denn das die Steuerzahler an, wir, die Eisenbahn, verwalten alles selbst, wir haben unsere Einnahmen und bestreiten unsere Ausgaben aus eigenen Mitteln.“ Das ist meiner Ansicht nach eine durchaus irrthümliche Auffassung, denn wir haben doch seit 30 oder 40 Jahren der Eisenbahngeldentlastungskasse aus allgemeinen Mitteln 60 Millionen Mark zuführen müssen, und das sind doch Mittel aus der allgemeinen Steuerquelle. Ich kann auch damit nicht einverstanden sein, was der Herr Kollege Obkircher vor ein paar Tagen in bezug auf die neue Beamtengehaltsaufbesserung sagte, daß bei Berechnung der nötigen Mittel die Eisenbahnbeamten außer Betracht bleiben könnten, weil die Eisenbahn zu den ausgeschiedenen Verwaltungszweigen gehöre. Das ist nur das Spiel mit der rechten und linken Westentasche. Ob ich es aus der einen oder anderen Tasche nehme, der ganze große Staatsbeutel ist doch schließlich eins!

Nun zum Tabak, dem eigentlichen Thema, das ich mir für heute vorgenommen habe. In der Sitzung vom 25. Januar hat der Herr Finanzminister die uns durch die Presse bereits bekannte Nachricht bestätigt, daß aus dem Reichsschatzamt dem Bundesrate eine Vorlage wegen einer Vandersolesteuer auf Rauchtabak und Zigarren zugekommen ist. Neu, aber nicht überraschend, interessant, aber nicht angenehm war diese Mitteilung. Es wundert mich zwar nicht, daß der Herr Finanzminister die Erklärung abgegeben hat, Baden würde — vielleicht hat es das auch bereits getan — der Vorlage im Bundesrat zustimmen. Baden hat leider noch immer den Vorlagen, die in den Bundesrat wegen höherer Belastung des Tabaks kamen, zugestimmt: 1879, 1882, 1893, 1895 und 1905. Die arme Tabakindustrie hat niemals Ruhe gehabt, und immer haben wir hier an dieser Stelle hören müssen, daß das beabsichtigte neue Gesetz, das den Tabak höher belasten würde, jedenfalls Baden keinen Nachteil, sondern eher Vorteil bringen würde. Auf diese Frage werde ich nachher näher eingehen.

Zwecklos wäre es, heute, am 8. oder 10. Tag der Verhandlungen über unsere Finanzpolitik, die Frage noch zu erörtern, ob direkte oder indirekte Einnahmen die besten sind; es würde ja doch zur Entscheidung dieser Frage an sich nichts beitragen. Aber öffentliche Kritik müssen wir im badischen Landtag daran üben, daß, wie gesagt, die badische Regierung einer solchen

Vorlage im Bundesrat zustimmt. Die allgemeine Bemerkung will ich hier nur machen, daß die Bänderrolensteuer, mag sie ausfallen wie sie will, jedenfalls nicht dem entspricht, was seit Jahren im Reichstag zum geflügeltesten Wort geworden ist: Die leistungsfähigen Schultern sollen herangezogen werden. Das ist sicher, daß bei dieser höheren Belastung des Tabaks die leistungsfähigen Schultern am allerwenigsten herangezogen werden!

Ich will auch keinen Appell an das große nicht organisierte Korps der Zigarrenraucher richten; denn hier wird kaum irgend ein großer Eindruck hervorzubringen sein. Es steht ja schließlich auch jedem einzelnen Raucher frei, ob er etwa aus hohem patriotischen Gefühl sich dazu ausschwingt, in Zukunft noch ebenso gut und noch ebenso viel wie seither zu rauchen. Auch der höchste Flug seines patriotischen Gefühls wird schließlich seine Begrenzung bekommen an der Größe seines Geldbeutels. Für die große Mehrzahl aber, die nicht in dieser angenehmen Lage ist, wird die Frage die sein: Wollen wir schlechter rauchen oder wollen wir weniger rauchen? Und da nun einmal das Rauchen ein Genussmittel ist, ist wohl kaum anzunehmen, daß jemand schlechter rauchen will, sondern er wird lieber weniger rauchen, um (um mit Professor Wagner zu sprechen) nicht nur seine Umgebung, sondern auch sich selbst nicht zu belästigen. Es werden nur die wenigen oberen Zehntausend, die bei uns so dünn gesät sind, sein, die in Zukunft noch das gleiche Quantum und die gleiche Qualität rauchen werden. Es wird überhaupt unmöglich sein, sich zu einer billigeren Zigarre herunter zu begeben. Denn es werden bereits jetzt bei uns in Deutschland 90 Prozent aller Zigarren in der Preislage von 6, 5 und 4 Pfennigen geraucht; der Konsum über 10 Pfennige für das Stück ist bei uns in Deutschland ganz außerordentlich mäßig. Einschließlich der importierten Zigarren beträgt der Konsum zum Preis von über 10 Pfennig das Stück noch nicht einmal 1 Prozent aller gerauchten Zigarren.

Das Reich will, wie in den Zeitungen verlautet, aus Tabak eine Mehreinnahme von etwa 50 bis 55 Millionen Mark erzielen. Hierzu kämen etwa 10 Proz. Erhebungskosten. Dann wäre die Mehrbelastung schon 60 Millionen. Ferner wird jeder Fabrikant, der mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns sein Geschäft betreiben will, gezwungen sein, auf diese Mehrkosten das große Risiko, die drohenden Verluste, die allgemeinen Unkosten daraufzuschlagen, und das ist nicht zu hoch mit 10—15 Millionen anzuschlagen. Weiter kommt noch hinzu der natürliche Aufschlag, den der Großhändler und der Kleinhändler machen müssen; es sind das nach allgemeinem Gebrauch etwa 30 bis 35 Proz. Wenn also das Reich eine Mehreinnahme von 50 bis 55 Millionen haben will, so wird das Publikum genötigt sein, für seinen Rauchgenuss in Zukunft etwa 100 Millionen Mark mehr auszugeben oder aber seinen Konsum entsprechend einzuschränken. Diese Mehrbelastung von 100 Millionen Mark würde bei einem Quantum von etwa 7 bis 8 Milliarden Zigarren, die bei uns in Deutschland geraucht werden eine Belastung von 13 Mark auf das Tausend Zigarren bedeuten, auf die einzelne Zigarre von 1 1/2 Pfennig. Wenn wir auch die vorgeschlagenen Steuerätze nicht kennen, so kann man doch im Hinblick auf das Quantum, das geraucht wird, und die Summe, die die Reichsregierung aus Tabak, speziell aus Zigarren herausheben will, ruhig annehmen, daß der Durchschnittsatz der Bänderrolensteuer 6 bis 7 Mark per Tausend Zigarren sein soll.

Man wird dann höchstwahrscheinlich, um der Sache ein soziales Mäntelchen umzuhängen, damit operieren, daß die billigste, sogenannte 4 Pfg.-Zigarre mit einem bedeu-

tend niedrigeren Bänderrolensatz versehen werden soll. Das ist aber praktisch ganz bedeutungslos. Erstens werden bei uns in Deutschland überhaupt fast gar keine 4 Pfg.-Zigarren mehr geraucht (es sind das weniger als 10 Proz.) und ferner sind die 4 Pfg.-Zigarren bei Herstellung und Verkauf heute so auf den alleräußersten und letzten Pfennig kalkuliert, daß sie auch nicht die geringste weitere Belastung vertragen können; sonst sind es eben keine 4 Pfg.-Zigarren mehr. Und wenn auch die niedrigste Bänderrolensteuer nur die Hälfte, 3 bis 4 M. beträgt, so kann doch von einer 4 Pfg.-Zigarre nicht mehr die Rede sein. Ich gebe deshalb jetzt schon dem Herrn Reichschatzsekretär den Wink, er möge ja nicht viel 4 Pfg.-Bänderrolenzeichen machen lassen; sie würden nicht verwendet werden.

Es gibt keinen deutschen Bundesstaat, der an der Tabakindustrie und am Tabakbau so beteiligt ist, als unser engeres Heimatland. Baden ist am Tabakbau mit mehr als 40 Prozent beteiligt. In der Tabakindustrie werden in Baden rund 40 000 Arbeiter beschäftigt, das sind 20 Prozent aller badischen Industriearbeiter. Die deutsche Tabakindustrie beschäftigt etwa 180 000 Arbeiter. Also werden in Baden nicht weniger als 22 Prozent der deutschen Tabakarbeiter beschäftigt.

Der Herr Finanzminister hat hier die Ansicht vertreten, daß die Progression der Steuer nach dem Werte des Fabrikates geeignet sei, den Wert des inländischen Tabaks zu erhöhen und damit den badischen Tabakbau zu begünstigen. Ich will den badischen Landwirten, die Tabak bauen, den guten Rat mit auf den Weg geben, sie möchten sich bei dieser Vorlage nicht wieder als Vorspann für die höhere Belastung des Tabaks benützen lassen. Die Erfahrungen, die unsere Tabakbauern mit der Steuer vom Jahre 1879 gemacht haben, sollten ihnen eine sehr ernste Warnung sein. Wir hatten bis zum Jahre 1879 auf deutschen Tabak eine Flächensteuer, die auf den Doppelzentner ungefähr 4 M. machte. Auf ausländischem Tabak ruhte ein Zoll von 24 M. per Doppelzentner. Das ergibt also einen Schutz Zoll für den deutschen Tabak von 20 M. für den Doppelzentner. Seit dem Jahre 1879 haben wir eine Inlandssteuer von 45 M. für den Doppelzentner und einen Auslandszoll von 85 M. für den Doppelzentner. Das macht einen Schutz Zoll für den deutschen Tabak von 40 M. für den Doppelzentner. Die Spannung gegen früher beträgt also genau das Doppelte. Damals, im Jahr 1879, riefen die deutschen Tabakbauern Hofanna, weil sie hofften, jetzt, wo der Schutz Zoll verdoppelt ist, wird der deutsche Tabakbau ganz gewaltige Dimensionen annehmen. Umgekehrt kam es! Wir haben in Deutschland in den 70er Jahren einen Durchschnittsanbau von 270 000 bis 300 000 Doppelzentner gehabt. Vor dem Jahre 1879 betrug der Import von ausländischem Tabak durchschnittlich 450 000 Doppelzentner. Damals machte also der Konsum des deutschen Tabaks rund 40 Proz. aus. Der Tabakbau hat sich nun seit dem Jahre 1879, was das Flächenmaß anbelangt, verringert. Zutensider ist allerdings der Anbau geworden, aber das Gesamtquantum der deutschen Tabakernte ist heute nicht größer als vor dem Jahre 1879. Dagegen ist seit dem Jahre 1879 der Import ausländischer Rohabake von 450 000 auf 700 000 Doppelzentner gestiegen. Der ganze Mehrverbrauch, der in der Bevölkerungszunahme seine Ursache hat, ist also ausschließlich dem Import ausländischer Tabake zu gute gekommen. Früher war das Verhältnis zwischen Inlands- und Auslandsabak 40 Prozent, jetzt ist es zu Ungunsten des deutschen Tabaks auf 30 bis 32 Prozent zurückgegangen. Das hat seinen Grund darin: Je höher der Tabak bzw. je höher die Pfeife oder die Zigarre oder das Rauchen an sich belastet wird, um so weniger hat der Fabrikant

ein Interesse, den immerhin minderwertigen deutschen Tabak zu verwenden. Wenn darum in irgend einer Form der Tabak höher belastet wird, so ruht hierin unbedingt eine ganz kolossale Mehrbelastung des deutschen Tabaks. Wenn das Tausend Zigarren mit durchschnittlich 7 M. Banderole belastet wird, so bekommt eben jedes Quantum, was in die Zigarre an deutschem Tabak hineinkommt, eine Belastung von 7 M. für das Tausend. Aus 100 kg Tabak macht man rund 12 000 Zigarren, $7 \times 12 = 84$, also wird der zur Zigarrenfabrikation nötige deutsche Tabak unbedingt mit 84 M. für den Doppelzentner höher belastet als jetzt. Aber auch der ausländische Tabak, der diese Banderole bekommt, würde ebenfalls um 84 M. für den Doppelzentner mehr belastet. In Wirklichkeit wäre also künftig das Verhältnis ein weit ungünstigeres für den deutschen Tabak als jetzt.

Der Herr Finanzminister hat den schönen Satz geprägt: Der Tabak schreit förmlich nach einer weiteren Besteuerung, und er führte zum Beweise die Einnahmen anderer Staaten aus der Tabakbesteuerung an. Es ist wahr, andere Staaten haben zum Teil aus dem Tabak weit höhere Einnahmen pro Kopf.

Eine höhere Belastung des Tabaks wird aber notwendig auch einen Konsumrückgang mit sich bringen. Ich muß daher auch die Zahlen darüber vorbringen, was die einzelnen Staaten an Tabak konsumieren. Frankreich hat pro Kopf der Bevölkerung 7,50 M. Einnahmen bei einem Konsum von 2,16 Pfund, England eine Einnahme von 6,30 M. und einen Konsum von 1,95 Pfund, Oesterreich eine Einnahme von 4,70 M. und einen Konsum von 3,02 Pfund, Italien eine Einnahme von 4,20 M. und einen Konsum von 1,05 Pfund, Ungarn eine Einnahme von 3.— M. und einen Konsum von 2,42 Pfund, Deutschland eine Einnahme von 1,40 M. und einen Konsum von 3,30 Pfund, dagegen Belgien, dasjenige Land, das keine Tabaksteuer und keinen Tabakzoll, sondern nur eine statistische Gebühr auf Tabak erhebt, hat einen Konsum von rund 6,21 Pfund. Der Weltkonsum ist 2,80 Pfund.

Es geht hieraus hervor, daß der Konsum um so kleiner ist, je höher die Abgaben auf Tabak sind. Selbst die reichen Länder, England und Frankreich, haben infolge der starken Belastung auf Tabak einen bedeutend geringeren Konsum der Bevölkerung als Deutschland. Beispiele dafür, daß Erhöhungen der Abgaben auf Tabak einen Rückgang des Konsums und umgekehrt Ermäßigungen der Tabakbelastung einen steigenden Konsum gebracht haben, haben wir ebenfalls. Im Jahre 1887 hat England eine Steuerermäßigung von 10,5 Proz. eintreten lassen. Der Konsum in England in den unmittelbar darauf folgenden Jahren stieg um 19,5 Proz. Amerika hatte bis 1879 eine Abgabe von 24 Cents per Pfund, und ermäßigte 1880 diese Abgabe auf 16 Cents per Pfund. Fabriziert wurden in Amerika vor dieser Steuerreduzierung 115 Millionen Pfund im Jahre und nach dieser Steuerreduzierung sofort 146 Millionen Pfund, also sofort eine Steigerung der Produktion direkt nach der Steuerermäßigung von mehr als 30 Millionen Pfund per Jahr. Umgekehrt hat Oesterreich seiner Zeit einmal erhöhte Monopolpreise eingeführt, und sofort wurde seitens der Verkaufsstellen Klage über starken Rückgang des Konsums geführt.

Wie wird es in Deutschland gehen? Der Herr Finanzminister hat auf einen Ruf von dort drüben (zu den Sozialdemokraten) erklärt, es hätte eine neue wissenschaftliche Untersuchung ergeben, daß die bisherige Annahme, das 79er Gesetz hätte einen Konsumrückgang gebracht, irrtümlich sei. Er hat auf das Buch von Dr. Liepner hingewiesen. Dr. Liepner war selbst 15 Jahre lang Zigarrenfabrikant und hat ein großes dickleibiges

Buch herausgegeben, in dem er durch eigenartige Gruppierungen versucht, den Beweis zu erbringen, daß das 79er Gesetz tatsächlich keinen Konsumrückgang gebracht habe. Dr. Liepner stellt aber die Perioden ganz eigenartig und willkürlich zusammen. Er sagt: Von 1861 bis 1875 war ein Konsum von 1,49 kg pro Jahr und Kopf, von 1876 bis 1890 war ein solcher von 1,54 kg, von 1891 bis zum Jahre 1904 ein solcher von 1,59 kg. Hieraus folgert er, daß der Konsum ein stets steigender war. Die Jahre vor 1870 aber müssen wohl ausgeschaltet werden, weil wir damals in ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen lebten als wie vom Jahre 1870 ab. Wenn man nun aber die unangreifbaren Tatsachen und Zahlen vom Jahre 1871 bis zum Jahre 1886 ins Auge faßt — es handelt sich da um eine durchaus normale Periode mit steigenden und fallenden wirtschaftlichen Konjunkturen, es fällt in diese Periode die außerordentlich glänzende Konjunktur im Deutschen Reich von 1871 auf 1875, es fallen die Krachjahre hinein, und es fällt eine lange aufsteigende Periode hinein —, dann sind in dieser Zeit durchschnittlich konsumiert 1,65 kg pro Jahr und Kopf (wobei also bereits einige Jahre hinzugerechnet sind, in denen das neue Gesetz von 1879 bereits in Kraft getreten war). Von 1887 bis 1901 betrug aber der durchschnittliche Konsum nur 1,56 kg pro Jahr und Kopf, ferner betrug vom Jahre 1871 bis zum Jahre 1876 der Konsum 1,75 kg pro Kopf der Bevölkerung. Es läßt sich also behaupten, weil es tatsächlich der Fall ist, daß vor dem Jahre 1879 der Jahreskonsum pro Kopf 1,80 kg betrug, daß er nach 1879 auf 1,56 kg stand und erst heute wieder auf 1,65 kg gestiegen ist, also immerhin noch 10 Proz. weniger als wie vor dem Jahre 1879.

Ferner ist hinzuweisen auf eine eigentümliche Beobachtung, die seit jener Zeit gemacht wurde. Bis zum Jahre 1879 hatten wir nämlich die Flächensteuer und da wurden in Deutschland laut Statistik auf einem Hektar 1,66 Tonnen geerntet. Im Jahre 1879 bekamen wir die neue Gewichtsteuer auf den deutschen Tabak, und plötzlich ergab sich auf den Tabakfeldern, daß pro Hektar 2,15 Tonnen (1880/81) und sogar 2,25 Tonnen (1882) geerntet wurden. Natürlich ist nicht etwa der Tabak infolge des neuen Steuergesetzes um so viel beim Bau ergebiger geworden, sondern viel näherliegend wird die Erklärung sein, daß vorher, unter der Herrschaft der Flächensteuer, sehr oberflächlich geschätzt worden ist, und daß das Mehrergebnis von 20 % auf den Feldern nur darin seine Ursache hat, daß das gleiche Quantum Tabak zwar auch vorher schon auf den Feldern gewachsen ist, daß er aber vorher, bei der Flächensteuer, nicht zur Veranlagung herangezogen wurde.

Rechnen wir nun zu den schon angegebenen Zahlen diese 20 Prozent „Mehrproduktion“ von deutschem Tabak vor 1879 dazu, so bekommen wir eine noch viel größere Spannung, und man kann ruhig behaupten, daß das Gesetz von 1879 einen größeren Konsumrückgang gebracht hat, der bis heute noch nicht ausgeglichen ist. Ich weiß auch aus eigener Erfahrung, daß im Jahre 1879 in den deutschen Zigarrenfabriken große Not geherrscht hat. Ich war in jenen Jahren, 1879, 1880, 1881, in verschiedenen Gegenden Deutschlands in Zigarrenfabriken in Stellung; an einzelnen Orten fanden Arbeiterentlassungen, nicht für Monate, sondern auf lange Zeit hinaus statt, in einer Stärke bis zu 30 und 40 Prozent. Wenn sich in jener Zeit diese Arbeiterentlassungen nicht über ganz Deutschland in sehr auffallendem Maße bemerkbar gemacht haben, so hat das seinen Grund hauptsächlich in folgenden Umständen: Einmal war die Zigarrenindustrie bei weitem nicht so ausgebreitet wie heute, zweitens hatte sie ihren Sitz in großen Städten, und drittens kamen wir damals, nach

Einführung des Schutzollsystems, in eine steigende, blühende Konjunktur hinein. Auch der Umstand mag dazu beigetragen haben, daß die Arbeiter dort, wo die Zigarrenindustrie zu Hause war, nämlich in den großen Städten, viel leichter unterkamen und sich die Entlassungen nicht so bemerkbar machten. Tatsache aber ist: Im Jahre 1875 hatten wir im Deutschen Reich 111 000 Tabakarbeiter, im Jahre 1882 stieg die Zahl auf nur 113 000, das war eine kleine Zunahme von 2 Proz.; der Grund lag in der guten Wirtschaftskonjunktur; im Jahre 1895 hatten wir 153 000 (eine Zunahme von 35 Proz.), und im Jahre 1905 187 000 (eine weitere Zunahme von 22 Proz.).

Wir sehen also hier, daß in jenen Jahren um die Steuerwende herum keine Arbeiterzunahmen stattfanden, obschon die Zigarren Mode wurden. Ebenso ist in Betracht zu ziehen, daß vor 1879 weit überwiegend Pfeife geraucht wurde, und daß man zur Herstellung des Pfeifentabaks vorwiegend Maschinen und sehr wenige Arbeitskräfte verwendete. Uebrigens stehen ja die Regierungen und auch der Reichstag auf dem Boden, daß bei allen Konsumartikeln sofort ein bedeutender Mehrbedarf eintritt, wenn man den Zoll oder die Steuer herabsetzt, und umgekehrt ein Rückgang des Konsums, wenn man Zoll oder Steuer heraufsetzt. Nichts liegt hier näher als auf den Zucker hinzuweisen. Wir haben die Beobachtung gemacht, daß, nachdem die Steuer auf den Zucker heruntergesetzt war, der Zuckerkonsum in ganz normalem Maße zugenommen hat, und gerade in diesen Tagen debattiert man im Reichstag wieder darüber, ob man die Zuckersteuer noch weiter heruntersetzen solle, da man hofft, daß der Mehrkonsum die zu erwartende Mindereinnahme wieder einbringen werde. Ebenso hat man im letzten Zolltarif den Zoll auf Kakao heruntergesetzt, um das Volk mehr an dieses Nahrungs- bzw. Genussmittel zu gewöhnen, d. h. den Konsum zu steigern.

Welch schwere eingreifende wirtschaftliche Veränderungen das Gesetz vom Jahre 1879 gebracht hat, dazu habe ich noch weitere Beispiele zu bringen. Bis zum Jahre 1879 waren in der deutschen Tabakindustrie 40 Proz. weibliche Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1895 waren es 50 Proz. Im Jahre 1877 hatten wir rund 18 600 Hausarbeiter; im Jahre 1895 war die Zahl der Hausarbeiter auf 24 000 gewachsen. Ferner hat seit jener Zeit die deutsche Zigarrenindustrie einen Zug nach dem Süden, nach Baden, eingeschlagen, und nur dieser Umstand, in Verbindung mit der Hausindustrie und der stärkeren Anstellung weiblicher Arbeitskräfte waren die Ursache, daß man noch in der Lage war, eine rauchbare Fünfspennigzigarre herzustellen. Der ganze Konkurrenzkampf der deutschen Zigarrenfabrikanten hat sich Jahrzehntelang in der Hauptsache darum gedreht, wer eine gute, rauchbare Fünfspennigzigarre herstellen könne. Darum hat auch seit jener Zeit in den Provinzen, die infolge der allgemeinen industriellen Lage nicht mehr imstande waren, in ihren Fabriken Fünfspennigzigarren herzustellen, nämlich in Westfalen mit den umliegenden Gegenden von Waldeck und Hannover, sowie im Königreich und der Provinz Sachsen, ganz besonders aber in Hamburg und Umgegend die Zahl der Hausarbeiter so außerordentlich zugenommen. Hier sehen wir, daß ein Teil der Steuer des Jahres 1879 auf die Arbeiter abgewälzt werden mußte, weil die Fabrikanten sonst nicht in der Lage waren, konkurrenzfähig zu bestehen und dem Publikum das zu bieten, was es brauchte, nämlich eine gute rauchbare Fünfspennigzigarre. Die Regierung selbst hat im Jahre 1893 bei der Fabrikantensteuer vorlage damit gerechnet, daß ein Konsumrückgang von mindestens einem Sechstel stattfinden würde. Ich behaupte, daß bei der Banderolensteuer unter Berücksichtigung aller der von mir dargestellten Umstände

mindestens eine Arbeiterentlassung von 20 Prozent stattfinden muß, und das sind nicht weniger als 36 000 Arbeiter. Selbst Dr. Liefner, der darauf abhebt, daß früher kein Konsumrückgang stattgefunden hätte, muß zugeben, daß es doch wohl möglich wäre, und weiß dann kein anderes Hilfsmittel, als das, man möge die 30 000 Hausarbeiter, die er heute als in der Tabakindustrie beschäftigt annimmt, reichlichst entschädigen. Also rechnet auch er mit einem bedeutenden Konsumrückgang.

Wir haben im deutschen Reich über 7000 selbständige Tabakindustrielle, meistens Zigarrenfabrikanten. An 180 000 Arbeiter werden im Jahre über 90 Millionen Mark Arbeitslöhne ausbezahlt, an die 40 000 badischen Zigarrenarbeiter im Jahre ungefähr 20 Millionen Mark Lohn. Ich meine, es war für das badische Land kein Unglück, daß nach dem Jahre 1879 die dezentralisierten Betriebe einsetzten. Der Grund war natürlich der, daß in den vielfach sehr volkreichen ländlichen Gemeinden Badens ein Ueberschuß an Arbeitskräften vorhanden war, die noch zu verhältnismäßig billigen Löhnen zu haben waren. Aber Tatsache ist auch (und das gibt ja auch Wörrißhofer in seinem Buch zu), daß dies für die vielen ländlichen Gemeinden eine wahre Wohltat gewesen ist. Es ist nachher kein Acker unbestellt geblieben. Und trotzdem wandern seitdem jahraus jahrein in diese Gemeinden Tausende und Hunderttausende von Mark an Arbeitslöhnen, und gerade die badische Zigarrenindustrie war es, die die Abwanderung in die Städte und die Auswanderung über See, die früher geblüht hat, unterbunden hat. Es gab in den 50er Jahren Zeiten, wo auf Kosten der Gemeinden und des Staates ganze Familien aus ländlichen Orten Unterstüßungen zur Auswanderung bekamen. Wenn jetzt die Banderolensteuer kommt, wird es nicht ausgeschlossen sein, daß dann Auswanderung wieder stattfindet. Wir hätten aber doch alle Veranlassung, soweit es in unseren Kräften steht, nicht dazu beizutragen, daß solche traurigen Zustände wiederum Platz greifen, daß unsere ländlichen Gemeinden dann von neuem entvölkert werden und der Zuzug in die Städte gefördert wird.

Und noch eines! In der Banderole liegt direkt eine Besteuerung des Arbeitslohnes. Der Herr Finanzminister hat geglaubt, es würde wiederum eine günstige Verschiebung nach Baden stattfinden. Nach 1879 war das der Fall, aber die Zeiten haben sich inzwischen ganz bedeutend geändert. Damals hatten wir in Baden 15 000 Arbeiter, jetzt haben wir 40 000. Von 1897—1905 ist aber die Arbeiterzahl in Baden in der Zigarrenindustrie nur noch um 10 Prozent gestiegen. In Westpreußen dagegen, wo die Löhne bedeutend billiger sind als in Baden, betrug die Steigerung in den letzten 10 Jahren 20 Prozent, in Posen, wo noch billigere Löhne sind als in Westpreußen 50 Proz., in Oberschlesien, im Regierungsbezirk Oppeln, 66 Proz., im Bezirk Erfurt und in Elsaß-Lothringen ungefähr 40 Proz., nebenbei im ganzen Preußen ungefähr 10 Proz. Wenn man die Lohnstatistik damit vergleicht, so findet man, daß die stärkste Zunahme eben da ist, wo die geringsten Löhne bezahlt werden. Baden scheidet jedenfalls vollständig aus, wenn in Zukunft noch schärfer kalkuliert werden muß, im Gegenteil, Baden hat dann seinen Höhepunkt überschritten, es wird eine intensive Abnahme stattfinden, weil dann das eintritt, was Dr. Liefner in seinem Buche so warm hervorhebt, daß der Nachteil des Ostens, den er im Jahre 1879 erlitten habe, durch eine Banderolensteuer in einen Vorteil umgewandelt würde. Den Fabrikanten ist kein Vorwurf daraus zu machen, daß sie die billigsten Löhne zahlen, weil die Konkurrenz sie dazu zwingt, zu einem möglichst billigen Preis eine noch angenehme Zigarre herzustellen. Wer das nicht kann, der geht bei diesem

Kampf der Konkurrenz zugrunde, er kann nicht mehr mitmachen.

Heute ist das Rückgrat der Fabrikation die Fünf-pfennigzigarre, vier Stück für 20 Pfg. In Zukunft wird es mindestens heißen: 3 Stück zu 20 Pfg. Das macht einen Unterschied von 25 Proz. Das wird der Hauptgrund zum Konsumrückgang sein.

Die Banderole wird auch nicht als eine Wertbesteuerung wirken. Ich habe bereits ausgeführt, daß die billigste Banderole (etwa 4 M.) in der Praxis bedeutungslos ist, eine Banderole aber von etwa 6—7 Mark wird über 90 Proz. des gesamten Konsums treffen. Das wenige, was oben drüber bleibt, kann ganz außer Betracht bleiben. Es ist nur ein Lockmittel für die große Masse draußen, wenn man sagt: Es soll hier eine Wertbesteuerung eintreten. Theoretisch ist eine Wertbesteuerung sehr zu begrüßen und auch für andere Artikel sehr zu empfehlen; man hat aber bis jetzt noch nicht daran gedacht, beim Import von ausländischen Weinen, Champagner, Tee, Kaffee usw. eine Wertbesteuerung einzuführen, obschon hier die Preisunterschiede ebenso groß sind, als zwischen den geringeren und feineren Zigarren. Es besteht übrigens jetzt schon eine gewisse Wertbesteuerung: Der Tabak, den man zur Zigarrenfabrikation verwendet, kostet 85 M. Zoll per 100 kg. Nun sind die 20—30 Proz. Rippen sozusagen ganz wertlos; die Folge davon ist, daß für den zur Zigarrenfabrikation verwendeten Tabak tatsächlich ungefähr 120 M. Zoll bezahlt werden. Der Rauchtobakfabrikant aber, der zudem in einem viel größeren Prozentsatz deutschen Tabak verwenden kann, kann von den Zigarrenfabrikanten die Rippen oft zu 50 Pfg. per Zentner kaufen, wodurch die wirkliche Belastung des billigsten Rauchtobaks auf 30 M. per 100 kg heruntergedrückt wird.

Der Herr Finanzminister hat wie alle Finanzminister eine Sehnsucht nach den Monopolländern, weil dort die schönen glänzenden Einnahmen zu verzeichnen sind. Bei den Monopolländern hat aber eine mächtige Konzentration der Betriebe stattgefunden. Frankreich hat in seinen 56 Betrieben nur 20 000 Arbeiter und zahlt 15 Millionen Mark Arbeitslohn im Jahr. Oesterreich hat 37 Fabriken und 37 000 Arbeiter und zahlt 17 Millionen Mark Arbeitslohn. Italien hat ungefähr 20 000 Arbeiter und zahlt etwa 8 Millionen Mark Arbeitslohn. Deutschland aber hat wie gesagt 7000 selbständige Betriebe, 180 000 Arbeiter und zahlt ungefähr 90 Millionen Mark Arbeitslohn. Die Folge der Banderolensteuer würde in erster Linie eine Konzentration der Betriebe sein. Den großen Fabrikanten wird die Banderolensteuer gar keinen Nachteil bringen. Die Großindustrie als solche hätte direkt ein Interesse daran, daß die Banderolensteuer eingeführt würde, da die kleineren und mittleren Existenzen bei der Banderolensteuer unrettbar zermalmt werden. Ferner wird durch die Banderolensteuer wegen der entstehenden technischen Schwierigkeiten die Heimarbeit unterdrückt werden. Wir haben aber etwa 30 000 Heimarbeiter! Ich will mich nicht auf die Frage einlassen, ob Heimarbeit ein Segen oder ein Unsegel ist; aber man kann doch die 30 000 Heimarbeiter nicht einfach wegdekretieren und sie von Haus und Hof hinwegtreiben! Es gibt in Westfalen ganze Gemeinden, wo Hausarbeit ist. Was soll mit diesen armen Orten und Leuten geschehen, wenn es ihnen nicht mehr möglich ist, die Hausarbeit zu betreiben? Die kleineren und mittleren Fabrikanten sind nicht in der Lage, die ungeheuren Ausgaben für die Kontrollmaßregeln zu leisten. Bei kleinen Betrieben ist es eine Unmöglichkeit, die Kontrolle soweit zu treiben. Ich kann hier als Kronzeugen den Finanzminister von Rheinbaden anführen, der eine Reise

nach Nordamerika gemacht hat, um dort die Verhältnisse der Zigarrenbänderole zu untersuchen. Er ist zurückgekommen und hat gesagt: Auch unter der nordamerikanischen Banderolensteuer bestehen ungefähr 15 000 ganz kleine Hinterstubenbetriebe; aber diese ganz kleinen Betriebe ernähren sich ausschließlich von der Banderolensteuer! Ich gebe zu, daß die Zigarrenbänderolensteuer sich hat einführen lassen und eingeführt ist, weil da in viel größerem Maße große Betriebe in Frage kommen. Aber bei den Zigarren wird das nicht möglich sein, ohne daß die kleinen und mittleren Existenzen vernichtet werden.

Auch auf das Betriebskapital würde die Banderolensteuer einwirken. Ein mittlerer Fabrikant würde, wenn man die Banderolensteuer zu 7 M. per Millie berechnet, eine Kapitalvermehrung um etwa 50—60 000 Mark nötig haben. Der Fabrikant muß die Banderolensteuer für acht Monate vorschießen, denn soviel beträgt leider in der Zigarrenindustrie das den Kunden gegebene Ziel. Es wird nun zwar jedenfalls in das Gesetz die Bestimmung kommen, daß die Steuer sechs Monate kreditiert wird, aber davon hat der Fabrikant nur einen Zinsgewinn, für den Kredit muß er Sicherheit bieten, wie sie für Mündergelber verlangt wird, eine Sicherheit, die größer ist, als die Sparkassen sie verlangen. Wenn jemand heute ein Anwesen als Unterpfand für gestundeten Tabakzoll oder was es sonst sein mag, bietet, so wird die Sicherheit nur in Höhe von 50 Proz. der Schätzung des Grundstücks angenommen. Da tut einer fast besser, er geht zur Sparkasse, verpfändet dort sein Grundstück und gibt dem Staat bares Geld, weil Spar- und andere Kassen weniger Sicherheit verlangen. Dem kapitalträchtigen Großfabrikanten dagegen macht es nichts aus, ob er eine viertel oder eine halbe Million zu zahlen hat, weil er in der Regel noch genügend Kapitalien zur Verfügung hat, die nicht im eigenen Betrieb arbeiten.

Wenn sich aber die badische Regierung keines Besseren belehren läßt, dann soll sie wenigstens ihre Zustimmung im Bundesrat davon abhängig machen, daß alle Arbeiter, die durch Einführung der Banderolensteuer zeitweilig oder dauernd brotlos werden, voll und genügend entschädigt werden. Die Regierung wird sich dafür vor der ganzen Bevölkerung verantwortlich zu machen haben. Ich rechne aber damit, daß, wenn auch die badische Regierung die Verhältnisse, wie sie für unser Land obwalten, verkennt, es keinen badischen Reichstagsabgeordneten geben wird, der im Reichstag seine Stimme zugunsten der Banderolensteuer abgeben wird. Er würde ohne Zweifel das Vertrauen weiter Kreise seiner Wähler verlieren, er würde nicht nur für sich, sondern auch für seine Partei das Mandat opfern. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Schuter (Zentr.): Ich werde dem Herrn Abg. Muser auf das weite Gebiet der Theologie, aus dem er uns so viele Vorlesungen gehalten hat, nicht folgen, weil ich der Meinung bin, daß dieses Gebiet nicht in dieses Haus gehört. Ich will auch ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Gebetbuchfrage, die ich mit einem Wort in meiner ersten Rede berührt habe, nicht von uns in die Debatte gebracht worden ist, sondern daß der Herr Abg. Muser und wenn ich mich recht erinnere, auch der Herr Abg. Fröhlich zuerst hier im Hause uns Vorlesungen aus Gebetbüchern gehalten haben. (Abg. Dr. Vinz: Vor zwei Jahren!) Nur in zwei Punkten will ich dem Herrn Abg. Muser auf das theologische Gebiet folgen, weil er in dieser Beziehung eine Rede von mir angeführt hat, die ich auf dem vorigen oder vorvorigen Landtag in einer Polemik gegen den Abg. Lehmann gehalten habe, wobei der Herr Abg. Lehmann seinerseits die materialistische, materialistische Weltanschauung als seine Anschauung dargelegt hat, während ich demgegenüber in aller Kürze die andere

Weltanschauung vertreten habe, die auf einen persönlichen, außerweltlichen Gott zurückgeht. In jener Debatte ist u. a. auch davon die Rede gewesen, wie die Erzählung im 1. Kapitel der Genesis über das Sechstageswerk aufzufassen und zu verstehen sei, ob sie wörtlich verstanden werden müsse oder auch eine freiere Auslegung zulässig sei. Nun hat der Herr Abg. Muser, wenn ich ihn recht verstanden habe, in seiner neulichen Rede erklärt, diese von mir damals als zulässig vertretene freiere Auffassung sei mit den kirchlichen Anschauungen nicht vereinbar, und es habe jemand, wenn er eine derartige Auffassung hier vertrete, seinen Katechismus entweder vergessen oder nicht gelernt. Demgegenüber will ich nur bemerken, daß die Auslegung, die ich für zulässig erklärt habe, von jeher für zulässig angesehen worden ist. Schon in dem Lehrbuch, in dem ich Religionsunterricht gelernt habe, in der katholischen Religionslehre von dem verstorbenen Bischof Konrad Martin, ist gesagt, daß man nicht gezwungen sei, unter 6 Tagen 6 mal 24 Stunden sich vorzustellen, sondern daß es zulässig sei, darunter 6 große Zeitperioden zu verstehen. (Abg. Muser: Ich sprach vom neuen Syllabus.) Der neue Syllabus wird kaum auf einem anderen Standpunkte stehen. Ich will aber dem Herrn Abg. Muser bemerken, daß die Frage der Auffassung der Erzählung von dem Sechstageswerk gar nichts anderes als ein Stück von der viel größeren Frage über die Inspiration der Bibel überhaupt ist. Der Herr Abg. Muser scheint nicht zu wissen, daß über diese Frage große theologische Kontroversen mit verschiedenen Schulmeinungen bestehen. Wenn er sich aber darüber einmal in Kürze informieren will, so kann ich ihn darauf hinweisen, daß in den „Stimmen von Maria Laach“, die wir hier im Hause halten, wenn ich mich recht erinnere, während des letzten Landtags ein Aufsatz gestanden ist, der sich über diese Frage verbreitet und auch eine gewisse Uebersicht über die einschlägige Literatur gibt. Es ist also unbedeutend, wenn der Herr Abg. Muser mir vorwirft, daß ich eine Meinung vertreten habe, die mit der kirchlichen Auffassung nicht vereinbar ist. (Abg. Muser: Der neue Syllabus!) Das ist eine kirchlich zulässige Lehre, Herr Muser, und daran wird wohl auch der Syllabus nichts ändern.

Sodann hat der Herr Abg. Muser auch noch ein Scheit zu dem Scheiterhaufen herbeigetragen, auf dem ich noch aus einem anderen Grund als Keher verbrannt werden soll. (Lachen) Er ist auf einen zweiten Punkt meiner Rede gegen den Abg. Lehmann zurückgekommen, worin ich etwa gesagt habe, der von dem Herrn Abg. Lehmann vertretene ewige Urnebel sei ebenso wenig beweisbar, wie der persönliche, außerweltliche Gott. Nun hat der Herr Abg. Muser geglaubt, mich auch in diesem Punkt in Widerspruch mit der kirchlichen Anschauung setzen zu können, und hat von einem kosmologischen, einem ontologischen Beweis usw. gesprochen. Der Herr Abg. Muser übersieht nur, daß ich damals von empirischen Beweisen im gewöhnlichen Sinne gesprochen habe, d. h. von Beweisen mittels Augen, Gehör, Zungen usw., also mittels solcher Beweismittel, mit denen man gewöhnlich bei uns Dinge beweist. Im übrigen ist mir keineswegs unbekannt, daß es eine natürliche Theologie und philosophische Beweise für das Dasein Gottes gibt, Beweise, die man schon bei Aristoteles findet, und die in der scholastischen Philosophie insbesondere durch Anselm von Canterbury ausgebildet worden sind. Ich muß also bestreiten, daß ich, wenn ich von empirischen Beweisen gesprochen habe, damit etwas vorgebracht hätte, was im Widerspruch mit der kirchlichen Lehre steht. Kant hat allerdings diese Beweise für das Dasein Gottes in seiner „Kritik der reinen Vernunft“ nach seiner Meinung vernichtet. Aber damit ist diese Frage der philosophischen Beweise für das Dasein Gottes

noch keineswegs ohne weiteres aus der Welt geschafft. Auch ein so großer Religionspötker und Kirchenverächter wie Voltaire hat aus physikotheologischen Gründen an die Existenz eines persönlichen Gottes geglaubt. Und Darwin, der Begründer der Entwicklungstheorie, hat den Glauben an einen persönlichen, außerweltlichen Gott gleichfalls nicht aufgegeben, vielmehr in seinem Buche über die Entwicklungslehre in dem letzten Satze die Weisheit und Allmacht des Schöpfers bewundert.

Wenn der Herr Abg. Muser mir hiernach vorgehalten hat, daß meine Äußerungen gegen die Deduktionen des Abg. Lehmann mit der Kirche in Widerspruch ständen, so beruht das offenbar nur auf einer nicht genügenden Kenntnis des Herrn Muser von der Lehre der Kirche und den Auffassungen der Theologie. Es ist mir dabei eine Klage eingefallen, die der von dem Herrn Abg. Muser so hoch verehrte Graf von Hoensbroech in einem Aufsatz in seiner in der Zwischenzeit meines Wissens eingegangenen Zeitschrift ausgesprochen hat. Er beschwert sich darin darüber, daß die antiultramontane Bewegung u. a. deswegen wenig Fortschritte mache, weil diejenigen, die sich ihr angeschlossen, so außerordentlich geringe Kenntnis von dem wirklichen Wesen der katholischen Kirche und ihrer Lehre hätten. (Abg. Benedey: Der Erzbischof von Bamberg versteht auch nichts davon!) — Das verstehe ich nicht. — Diese Leute stellen dann Behauptungen auf, die Jedermann mit einigermaßen genügenden Kenntnissen ohne weiteres widerlegen könne, und das schädige natürlich die ganzen Deduktionen der Herren. Es scheint mir, als ob der Herr Abg. Muser, der ja ein eifriger Stapsengänger des Herrn Grafen von Hoensbroech ist, auch zu denjenigen gehöre, die durch ihre falschen Auffassungen und schiefen Darstellungen die Ziele, die sie verfolgen, in ihrem Erfolg schädigen. Ich kann dem Herrn Abg. Muser nur empfehlen, daß er, statt sich in seinen Studien an pamphletistische Broschüren und Schriften zu halten, einmal auf die echten Werke zurückgreifen möge, dann wird es ihm vielleicht auch gehen wie dem Dichter Heine, der in seinen späteren Jahren wieder zu der Bibel griff, darüber in den herrlichsten Worten spricht und uns in rührender Weise erzählt, wie er viele Jahre bei den Pantheisten die Schweine gehütet habe, wie er aber dann, von himmlischem Heimweh überfallen, durch weite Wälder und wilde Schluchten gewandert sei, bis er den persönlichen Gott wieder gefunden habe, der die Ellenbogen frei habe und helfen könne im Gegensatz zu dem Gott der Pantheisten, der, in die Materie eingeschlossen, wenn man ihn um Hilfe anrufe, antworte wie die Statue der Venus: „Siehst Du denn nicht, daß ich keine Arme habe?“ (Weiterkeit).

Nach dieser kurzen theologischen Abschweifung will ich zu einer sehr realen Sache zurückkehren, zu der Frage über Abschaffung der Fleischkaufzise. (Große Weiterkeit im Zentrum.) Der Herr Abgeordnete Muser hat hier dem Zentrum den Vorwurf der Doppeltzüngigkeit gemacht; er hat zwar nicht dieses Wort gebraucht, aber die Sache wird kurz damit zu bezeichnen sein. Er hat behauptet, vor der letzten Landtagswahl habe der Kandidat der Zentrumsparthei in Offenburg sich für die Abschaffung der Fleischkaufzise ausgesprochen, und nun hätte ich neulich eine Rede gehalten, in der ich mindestens zweifelhaft gelassen hätte, ob man wirklich diese Fleischkaufzise jetzt abschaffen soll. Demgegenüber muß ich feststellen, daß die Zentrumsparthei ebenso wie das ganze übrige Haus auf dem letzten Landtag, auf dem vorletzten kann es möglicherweise auch schon gewesen sein, sich für die Abschaffung der Fleischkaufzise ausgesprochen hat, und daß ich ebenso auch in meiner letzten Rede mich für die Abschaffung der Fleischkaufzise wieder ausgesprochen habe

und zwar mit der Begründung, ich sei dafür, weil die Aufhebung der Fleischzise auch den Produzenten der Fleischtiere zugute kommen werde, nicht bloß den Konsumenten des Fleisches. Was ich in meiner letzten Rede gesagt habe, war lediglich, daß ich auf die Artikel des „Badischen Landesboten“ und des „Volksfreund“ hingewiesen und die merkwürdige Tatsache hervorgehoben habe, daß in den Kreisen der Konsumenten durchaus kein besonderes Verlangen nach der Aufhebung dieser Fleischzise bestehe und daß der Glaube verbreitet sei, die Aufhebung der Zise komme keineswegs den Konsumenten, sondern nur den Metzger zugute. Und nun habe ich gesagt, unter diesen Umständen sei es immerhin erwägenswert, ob man nicht mit der Aufhebung der Fleischzise bis zum 1. Januar 1910 zuwarten solle; denn dieser 1. Januar 1910 sei der Termin, auf welchen auch die Fleischzise in den Städten abgeschafft werden müsse. Das war das eine. Das andere aber war, daß ich gesagt habe: Wenn man die Fleischzise jetzt aufhebe, so müsse man jedenfalls sofort mit einer Vermögenssteuer von 12 Pfennig vorgehen, was immerhin geeignet wäre, die Vermögenssteuer von vornherein unbeliebter zu machen. Außerdem aber bestche, wenn man wegen der Abschaffung der Fleischzise eine Erhöhung der Vermögenssteuer einführen müsse, um die Gehaltsrevision finanziell bestreiten zu können, auch weiterhin die Gefahr, daß dadurch die Revision des Gehalts selbst diskreditiert werde. Diesen beiden Gefahren entgehe man mehr oder weniger, wenn man mit der Aufhebung der Zise allenfalls noch bis zum 1. Januar 1910 warte. Das ist, was ich gesagt habe. Einen Antrag habe ich nicht gestellt, ich habe nur Erwägungen anheim gegeben. Soviel über die Fleischzise.

Nun hat der Herr Abg. Muser dem Zentrum auch einen Vorwurf daraus gemacht, daß es in Schopfheim-Schönau jetzt den Kandidaten des Bundes der Landwirte unterstütze, der vor kurzem noch zur nationalliberalen Partei gehörte, und er hat nach einem Zeitungsbericht, der mir hier vorliegt, gesagt, es sei jetzt soweit gekommen, daß das Zentrum jeden ungesehenen unterstütze, wenn es nur gegen den Block gehe; das Zentrum erleide durch diese Unterstützung des Kandidaten des Bauernbundes in Schopfheim-Schönau unter allen Umständen eine moralische Niederlage, wie auch diese Wahl ausgehen möge. Ich bin der Meinung, daß der Herr Abg. Muser nach seiner politischen Vergangenheit am allerwenigsten die Berechtigung hat und am allerwenigsten Anlaß dazu nehmen sollte, es als eine moralische Niederlage anzusehen, wenn jemand in einer Wahl, in der er nicht selbst durchdringen kann, einen anderen Kandidaten unterstützt, selbst wenn er vor einer Vereinigung, der dieser Kandidat angehört, in einem anderen Zusammenhang gewarnt hat. (Abg. Fröhlich: Wortbrüchige Menschen sollte man nicht nehmen; das ist die Sache!) Ich glaube nicht, daß der Kandidat sein Wort gegeben hat, weiß es aber nicht. Soviel ich weiß, war er früher jungliberal und jetzt hat er sich dem Bund der Landwirte angeschlossen. (Zuruf: Nun ja!) Früher war der Herr Abg. Muser beim Zentrum und jetzt ist er bei den Liberalen. (Zuruf: War nie beim Zentrum!) Und der Herr Abg. Burckhard war früher beim Bund der Landwirte, und jetzt ist er bei den Nationalliberalen. (Zuruf: Wenn der Mann seine Ueberzeugung geändert hätte, wäre es etwas anderes.) Das wissen Sie ja nicht! (Zuruf: Aber Sie wissen es!)

Nun komme ich in bezug auf die Rede des Herrn Abg. Muser zu dem dritten Punkte, nämlich zu dem Vorwurf, den ich erhoben habe, daß Schriftsteller aus den Reihen der linksliberalen Parteien Schriften hätten

hinausgehen lassen, in denen sie ihre Beweise mit falschen Zitaten geführt hätten. Der Herr Abg. Muser hat sich in einer sehr bitteren Weise darüber beschwert, daß ich persönlich gegen ihn geworden sei. Ich will aber darauf hinweisen, daß ich den Namen des Herrn Abg. Muser nicht genannt habe, und ich habe ihn nicht etwa deswegen nicht genannt, um zweifelhaft zu lassen, wen ich meine; denn für Jedermann, der in diese Verhältnisse eingeweiht ist, konnte es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß ich den Schriftsteller Muser meinte, denn nur von Schriftstellern, nicht von Abgeordneten habe ich gesprochen. Aber ich habe den Namen des Herrn Abg. Muser deshalb nicht genannt, weil ich es lediglich seinem Ermessen anheim geben wollte, ob er diese Sache zu einem Gegenstand der Debatte machen wollte oder nicht. Nun hat aber Herr Abg. Muser sich sofort, als ich von dieser Schriftstellerei gesprochen habe, erhoben und hat mir zugerufen: „Beweise!“, und ich will nun heute mit diesen Beweisen vorrücken; aber nur in dem Punkt, der meine Person betrifft. Was Herr Muser in seiner Broschüre sonst an Beweisen vorgebracht hat, die als falsch bezeichnet werden können, lasse ich diese vollständig aus, weil ich nicht auf Dinge eingehen will, die ich nicht selbst geprüft habe und nicht selbst prüfen kann. Was aber meine eigene Person angeht, so liegen die Dinge so: Ich habe am 9. Februar des Jahres 1904 hier eine Rede gehalten, in der ich mich gegen den Vorwurf verteidigt habe, der gegen die Zentrumspartei erhoben worden ist, als ob wir alte, mittelalterliche Anschauungen in bezug auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und in bezug auf das Verhältnis der Konfessionen zu einander vertreten. In jener Rede habe ich gesagt, wir seien moderne Menschen und vertreten nicht mehr veraltete, mittelalterliche Theorien; und ich habe zum Beweise dafür, daß das so ist, eine Reihe von Belegen aus der neuesten Zeit angeführt. Ich habe u. a. die Bestrebungen der Görresgesellschaft und der Redaktion des Staatslexikons der Görresgesellschaft angeführt. Ich habe hingewiesen auf Redner, die auf dem Straßburger Katholikentag aufgetreten waren, auf Artikel, die im „Hochland“, der bekannten katholischen Zeitschrift, gestanden waren, ich habe hingewiesen auf das Buch eines Jesuiten, das unter dem Titel „Abende am Genfersee“ gerade damals heraus gekommen war, und ich habe vielleicht auch auf das eine oder andere sonst noch hingewiesen, was ich in diesem Augenblick nicht mehr weiß.

Der Herr Abg. Muser hat nun demnach seine bekannte Broschüre — oder vielleicht ist sie auch nicht bekannt, ich weiß es nicht — „Der Ultramontanismus und das Zentrum“ geschrieben. In dieser Broschüre handelt er im ersten Kapitel von der Aufgabe, die er sich in seinem Büchlein gestellt, nämlich zu beweisen, daß das Zentrum in allen Dingen eine reaktionäre, rückständige, mittelalterliche Politik verfolge. In dem zweiten Kapitel handelt er dann von den Quellen, aus denen er die Beweise für diese seine These schöpft, und da nennt er an erster Stelle das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft. Dabei sagt Herr Muser in seinem Buche auf Seite 9:

„Wir wollen in erster Reihe die Zentrumspartei selbst die Beweislasten zusammentragen lassen. . . . Ich erwähne hier in erster Linie das Staatslexikon, herausgegeben von der Görresgesellschaft, ein aus 5 starken Bänden bestehendes encyclopädisches Werk, in das die namhaftesten und anerkanntesten Führer des Zentrums schreiben. Die erste Auflage erschien 1889 bis 1897, die zweite 1901 bis 1905. Es ist die Kodifikation des Ultramontanismus. Wenn man nun schon an sich vollauf befugt wäre, eine Buchsammlung, in das die führenden Geister

des Zentrums ihre Anschauungen, insbesondere auch über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, niederlegen, als eine sichere Fundgrube der Elemente anzusehen, aus denen sich der Charakter des Zentrums zusammensetzt, so muß jeder Zweifel an der absoluten Authentizität des Wertes schwinden, wenn wir die Tatsache im Auge behalten, daß dieselbe von autoritativer Seite öffentlich anerkannt worden ist. In der Sitzung der Zweiten Badischen Kammer vom 9. Februar 1906 erklärte in einer von der Zentrumsfraktion stark applaudierten Rede ihr geistig zweifellos bedeutendster Führer nach dem stenographischen Bericht wörtlich folgendes: „Nun will ich Ihnen zunächst vorlesen, was ich wirklich gesagt habe, und will Ihnen dann darlegen, was der Herr Abg. Muser aus diesem meinem Vortrage als einen Beweis für seine Behauptungen anzuführen für gut befunden hat.“ (Abg. Muser: Sie haben da wohl den „Amtlichen Bericht“ der „Karlsruher Zeitung“?) Ja, den Bericht der „Karlsruher Zeitung“ habe ich hier.

Ich habe also nach dem Berichte der Karlsruher Zeitung vom Jahre 1906 über die damaligen Landtagsverhandlungen, Seite 539, folgendes gesagt:

„Wir sind moderne Menschen und stellen uns auf den modernen Standpunkt. Dies ist auch die Stimmung in den weiten Zentrumskreisen im deutschen Reiche und die Stimmung in weiten Kreisen des Zentrums, die nicht politisch organisiert sind. Ich bringe Ihnen einige Belege aus der neuesten Zeit. Zunächst verweise ich auf das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, das gewissermaßen die Anschauung der Zentrumskreise darstellt, namentlich auch in Bezug auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und auf das Verhältnis der verschiedenen Bekenntnisse zu einander.“ „Bekanntlich ist vor einigen Jahren eine zweite Auflage dieses Lexikons herausgegeben; schon im Vorworte dieser zweiten Auflage sagt die Redaktion: „Bei strenger Innehaltung des katholischen Standpunktes wird in einzelnen neuzeitliche staatliche Verhältnisse behandelnden Artikeln den Bedürfnissen der Gegenwart in höherem Maße Rechnung getragen werden, zwischen den katholischen Prinzipien und deren Anwendung auf die Gegenwart, zwischen feststehenden Lehren der Kirche und den mehr oder minder autoritativen Schulmeinungen genauer unterschieden werden.“

Soweit hat der Herr Abg. Muser meine Ausführungen wörtlich und ohne Auslassung abgedruckt. Dabei hat er die Worte Prinzipien und Gegenwart unterstrichen und hinter das Wort Gegenwart in Klammer ein „sic“ mit Ausrufungszeichen beigefügt, nach meiner Auffassung zu dem Zwecke, um besonders hervorzuheben, daß wir in der zweiten Auflage ein Werk vor uns haben, das genau die Auffassungen des Zentrums darlegt, wie sie in der Gegenwart bestehen. Dagegen hat Herr Muser in seinem Zitat das Weitere ausgelassen, was ich Ihnen vorlesen werde. Ich habe nämlich in unmittelbarem Anschluß an das, was ich bereits vorlesen, weiter gesagt:

„Auf der Versammlung der Görres-Gesellschaft im Jahre 1904 hat die Redaktion der Görres-Gesellschaft erklärt, leider sei es nicht möglich gewesen, in dem Umfange, wie die Redaktion es gewünscht habe, die ausgesprochenen Grundsätze voll zur Durchführung zu bringen. Das sei aber nicht deshalb nicht geschehen, weil die Redaktion der Meinung gewesen wäre, daß das Programm nicht durchgeführt werden solle, sondern weil man bestimmte Rückfichten habe walten lassen müssen auf Verfassers von Artikeln, die schon in der ersten Auflage geschrieben hätten“ — und weiter bin ich fortgefahren — „und auf der Versammlung der Görres-Gesellschaft im Oktober 1905 hat der bekannte Frhr. v. Hertling auch wieder mit Bezug auf das Staatslexikon und auf andere Interessen,

die die Görres-Gesellschaft vertritt, unter anderem gesagt: „Alle Theorien haben heute ihre absolute Geltung verloren. So steht es auch mit auf kirchlichem Gebiete entstandenen politischen Theorien. Meist ist eine Theorie das Fazit, welches wissenschaftliche Ueberlegung aus dem geschichtlich Gewordenen gezogen hat. Man mag das Verschwinden einer Zeit beklagen, wo der Himmel so nahe schien, tatsächlich gehört sie der Vergangenheit an, für die Gestaltung der Gegenwart kann sie nicht verwendet werden.“ — Und dann habe ich geschlossen: „So ist die Stimmung in der Görres-Gesellschaft und in der Redaktion des Staatslexikons immerhin eine Quelle, aus der man doch mit eigener Zuversicht auf die Stimmung schließen kann, die bei den deutschen Katholiken und im deutschen Zentrum herrscht.“

Diesen letzten Satz nun hat der Herr Abg. Muser unmittelbar an das angereicht, wovon ich vorher gesagt habe, daß er es in seinem Zitat angeführt habe. (Abg. Muser: Sie müssen doch bekräftigen, daß vorher mit Gänsefüßchen geschlossen worden ist und dann wieder mit Gänsefüßchen angelegt wird!) Aber es steht nichts davon darin, was der Redakteur des Staatslexikons sagt! (Abg. Muser: Das ist ja auch gar nicht nötig!) Ja, für Ihre Zwecke nicht, aber für die Wahrheit war es notwendig! Es ist also davon nichts gesagt, daß im Jahre 1904 der Redakteur des Staatslexikons sein Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß es leider nicht möglich gewesen sei, das Programm, welches sich die Görres-Gesellschaft durch die zweite Auflage des Lexikons gestellt habe, in dem erwünschten Maße durchzuführen, nicht deswegen, weil man etwa das Programm nicht durchführen wolle, sondern deswegen, weil gewisse Rückfichten noch auf Autoren bestanden hätten, die in der ersten Auflage geschrieben haben. Der Herr Muser hat auch mit keinem Wort der Rede erwähnt, die Freiherr von Hertling, der Präsident der Görres-Gesellschaft, auf der Versammlung der Görres-Gesellschaft im Oktober 1905 gehalten hat und worin er diese veralteten staatsrechtlichen Theorien mit eleganter Handbewegung glatt über Bord geworfen hat. (Abg. Muser: Sie stehen noch in der neuen Ausgabe!) Der Herr Abg. Muser hat dadurch, daß er diese Dinge ausgelassen, dagegen die Einleitung von den Bestrebungen des Staatslexikons, die Sache auf einen neueren Standpunkt zu bringen, in dem ersten Satz vorausgeschickt und unmittelbar hinten dran den Satz gestellt hat: „So ist die Stimmung der Görresgesellschaft“, den Schein hervorgebracht, als ob der ganze Inhalt des Staatslexikons, insoweit er sich auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und auf dasjenige der Konfessionen zu einander bezieht, dasjenige sei, was den gegenwärtigen Anschauungen der Görresgesellschaft und des Staatslexikons und damit auch im großen und ganzen des Zentrums entspreche. (Abg. Muser: Nicht Schein, sondern Wahrheit!) Ich rede nicht von dem, was im Görreslexikon steht, denn das Görreslexikon habe ich nicht studiert, es ist nicht Jedermanns Sache, ein Wörterbuch systematisch zu studieren, wie das der Herr Abg. Muser getan hat, sondern ich habe ausdrücklich von den Bestrebungen der Görresgesellschaft und der Redaktion des Staatslexikons gesprochen, dieses Staatslexikon auf einen Standpunkt zu bringen, der den gegenwärtigen Anschauungen entspricht. Ich unterbreite jeder Sachverständigenkommission das Urteil darüber, ob der Herr Abg. Muser mich richtig oder falsch zitiert hat; ich unterbreite dieses Urteil auch dem Hause hier. Ich will übrigens noch beifügen: Auf dem Titel der Broschüre hat der Herr Abg. Muser sich die Sache noch viel einfacher gemacht; da hat er überhaupt von dem, was ich über die Redaktion des Görresgesellschaft gesagt habe, gar nichts gebracht (Abg. Benedey: Es kam darauf an, was Sie gesagt haben, nicht was der Redakteur gesagt hat! Abg. Muser: Sie haben es als eine

Quelle bezeichnet!), er hat vielmehr einfach den Zipfel oben und den unten abgeschnitten und beide Zipfel aneinander gehängt, und die Hauptsache einfach weggelassen.

Ich war also, soweit ich in Betracht kam, vollständig berechtigt zu sagen, daß der Herr Muser in seiner Broschüre ein falsches Zitat verwendet hat. (Abg. Muser: Unwahrheit!) Und wenn der Herr Abg. Muser dieses unrichtige Zitat zum Grund- und Eckstein seiner Ausführungen gemacht hat, wie er es tatsächlich getan, dann ist man wohl berechtigt, auch die ferneren Ausführungen des Herrn Muser mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen, und in einer Reihe von Artikeln im „Badischen Beobachter“, die ich aber weder geschrieben noch auf ihre Richtigkeit geprüft habe, sind ihm denn auch eine ganze Reihe von weiteren unrichtigen Zitaten nachgewiesen worden (Abg. Muser: Wieder unwahr!), und der Herr Abg. Muser hat in seiner letzten Rede diese Artikel nicht widerlegt.

Damit will ich den Herrn Abg. Muser verlassen und mich zu Dem wenden, was der Herr Abg. Fröhlich ausgeführt hat.

Der Herr Abg. Fröhlich hat gleich im Eingang seiner Rede gesagt: Es scheint ihm, daß im Ministerium ein „Muck nach rechts“ stattgefunden habe, und es wäre ihm doch merkwürdig zu wissen, auf wen sich das Staatsministerium bei der Erledigung seiner politischen Geschäfte stützen wolle; er hat beigefügt, der Herr Staatsminister scheine, da er sich doch auf die Konservativen allein nicht stützen könne, sich eine Art Abfallprodukt aus den beiden großen Parteien schaffen zu wollen, und im Anschluß daran wieder hat er weiter ausgeführt, das müsse er als „eine charakterlose Mischmaschpolitik“ bezeichnen. Ich muß es dem Staatsminister überlassen, sich gegen diese Bezeichnung seiner Politik zu verteidigen, wenn er es für notwendig hält. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß es eine höchst sonderbare Sache ist, wenn ein Angehöriger desjenigen Blocks, der sich aus sieben oder acht verschiedenen Parteien zusammensetzt, von einer „Mischmaschpolitik“ spricht, wenn das geschieht vom Angehörigen eines Blocks, der sich aus allen politischen Elementen von Kanitz bis zu Gothein zusammensetzt, was ungefähr eine politische Distanz ist, wie diejenige vom atlantischen bis zum stillen Ozean (Heiterkeit).

Der Herr Abg. Fröhlich hat also am allerwenigsten Veranlassung, in diesem gegenwärtigen Augenblick — in einem Augenblick, wo die linksliberalen Parteien in diesem Block untergetaucht sind — von einer charakterlosen Mischmaschpolitik zu reden. (Sehr richtig! beim Zentrum.)

Der Herr Abg. Fröhlich hat sodann erklärt: Die einzige Periode, in der die Linksliberalen im Reichstag eine gewisse Rolle gespielt hätten, das sei die Periode von 1890 bis 1893 gewesen, und in dieser einzigen Periode sei seit dem Jahre 1879 wirklich etwas Nennenswertes für das deutsche Volk geschaffen und geleistet worden. Als diese Leistungen hat er dann die Einführung der zweijährigen Dienstzeit und die Abschließung der Caprivischen Handelsverträge bezeichnet.

Meines Wissens ist aber die Abschaffung der dreijährigen Dienstzeit doch nicht ein Verdienst der Freisinnigen allein gewesen (Sehr richtig! im Zentrum), sondern bevor die Freisinnigen irgend einen nennenswerten Einfluß im Reichstag haben gewinnen können, hat das Zentrum und haben andere Parteien schon die Forderung auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen erhoben; und wenn dann in der Periode von 1890 auf 1893 schließlich diese alte Forderung durchgedrungen ist, so scheint mir das doch kein spezielles Verdienst der Freisinnigen, der linksliberalen Parteien, zu sein.

Was sodann die Abschließung der Caprivischen Handelsverträge anbelangt, so muß ich doch zunächst bemerken, daß einer der allerwichtigsten Verträge, der mit Rußland, erst im Jahre 1894, also zu einer Zeit abgeschlossen worden ist, wo die Freisinnigen nicht mehr die Rolle gespielt haben, von der der Herr Abg. Fröhlich gesprochen hat; auch der rumänische Vertrag ist erst nachher abgeschlossen worden. (Abg. Fröhlich: Aber der Zolltarif ist doch damals beschlossen worden. Abg. Kopf: Als ob das eine freisinnige Errungenschaft wäre!). Im übrigen aber ist die Frage des Werts der Caprivischen Handelsverträge bekanntlich eine sehr bestrittene. Dasjenige Volk, was hinter dem Abg. Fröhlich steht, hat diese Caprivischen Handelsverträge allerdings immer als eine große Tat bezeichnet; aber das Volk, das hinter dem Abg. Fröhlich und seiner Partei, überhaupt hinter den linksliberalen Parteien steht, ist doch eine verhältnismäßig kleine Minderheit. Eine große Mehrheit des deutschen Volkes hat die Caprivischen Handelsverträge durchaus nicht für das angesehen, wofür sie der Herr Abg. Fröhlich ansieht, und tatsächlich hat man schon im Jahre 1897 mit den Vorarbeiten für die Abänderung begonnen. Es ist auch eine Tatsache, daß durch die Caprivischen Handelsverträge die deutsche Landwirtschaft in die allergrößte Notlage veretzt worden ist. (Abg. Fröhlich: Das bestreiten wir, das ist nicht wahr!) Das bestreiten Sie; das sind also Meinungsverschiedenheiten. Jedenfalls ist die Majorität des deutschen Volkes einer andern Meinung gewesen als Sie.

Im Anschluß daran, daß ich gesagt habe, die linksliberalen Parteien hätten bei ihrer Blockpolitik ihre Grundsätze verbogen und sie zum Teil über Bord geworfen, hat der Herr Abg. Fröhlich dem Zentrum zum Vorwurf gemacht, es habe überhaupt keine Grundsätze, und außerdem hat er mich gefragt, in welchen Beziehungen die linksliberalen Parteien ihre Grundsätze geändert hätten. Ich werde den vergeblichen Versuch nicht machen, zu beweisen, daß das Zentrum Grundsätze hat. Denn wenn der Herr Abg. Fröhlich aus dem Programm, das das Zentrum besitzt, aus den Wahlproklamationen, die seit dem Jahre 1871 erlassen worden sind, und aus den Taten, die das Zentrum geleistet hat, noch nicht erkannt hat, daß das Zentrum Grundsätze besitzt, dann würde ich meinerseits ihm diese Ueberzeugung auch nicht beibringen können.

Dagegen aber werde ich es mir nicht schenken können, dem Herrn Abg. Fröhlich einige Beweise dafür beizubringen, daß die linksliberalen Parteien aus Anlaß der Blockbildung im Reichstag allerdings ihre Grundsätze verbogen haben. Ich will Sie da hinweisen auf die Stellung, die die linksliberalen Parteien früher in Militärfragen eingenommen haben. Sie waren ja immer die entschiedensten Gegner der Ausdehnung der Militärmacht, und der Herr Abg. Muser hat, bevor er sich so intensiv in seine Gebetbuchstudien vertieft und so intensiv in Antimilitarismus gemacht hat, in der früheren Zeit seine ganze Kraft auf den Antimilitarismus gelegt. Schon in den 80er Jahren hat er die fulminantesten Reden gegen den Militarismus gehalten, und in den 90er Jahren habe ich Berichte über ebensolche Reden des Herrn Muser in Mannheim gelesen. Betrachten Sie dem gegenüber die Haltung, die die linksliberalen Parteien jetzt in Militärfragen einnehmen, dann darf ich wohl fragen, ob das nicht eine kleine Verbiegung ihrer Haltung ist (Abg. Fröhlich: Das bestreite ich!).

Ebenso ist es mit den Flottenfragen und mit den Kolonialfragen. Der Herr Abg. Fröhlich hat ja nun freilich die glückliche Entdeckung gemacht, daß

der Abg. Bamberger zu irgend einer Zeit einmal betont hat, daß für die Kolonialpolitik die Verwendung kaufmännischer Kräfte notwendig sei. Der Herr Bamberger ist nun aber schon lange gestorben, es wird so ungefähr 15 Jahre her sein, und noch viel länger ist der Herr Abg. Bamberger aus dem Reichstage ausgeschieden. In der ganzen Zeit aber zwischen Bamberger und dem 13. Dezember 1906 habe ich niemals davon gelesen oder gehört, daß etwa die linksliberalen Parteien erklärt hätten, sie bewilligten die Kolonialforderungen unter der Bedingung, daß man Kaufleute in die Kolonialverwaltung nehme, sondern sie haben die Sachen einfach abgelehnt. Noch in den allerletzten Wochen vor der Auflösung des Reichstags am 13. Dezember 1906 hat der Abg. Ablaß, ein Angehöriger der linksliberalen Parteien im Reichstag, eine heftige Antikolonialrede gehalten, und der Abg. Müller-Meinigen hat vor dem 13. Dezember ebenfalls eine solche Rede angekündigt; zum Halten allerdings ist er nicht mehr gekommen, weil in der Zwischenzeit die Auflösung vom 13. Dezember und die Blockbildung erfolgte und die Haltung der Herren von den linksliberalen Parteien dann eine andere wurde, als sie vor dem 13. Dezember war.

Sodann erinnere ich mich an eine Rede, welche der Abg. Eugen Richter im Reichstage gehalten hat, und worin er sich sehr darüber beklagte, daß der Einfluß und das Ansehen des Reichstags darunter leide, daß die Gegenstände der parlamentarischen Verhandlung immer mehr in den Kommissionen zur Entscheidung gebracht würden. Was glauben Sie denn, was Herr Eugen Richter sagen würde, wenn er jetzt sehen müßte, daß nicht etwa die Kommissionen des Reichstags es sind, in denen die Dinge ihre Gestaltung bekommen, sondern daß es kleine Seancen und Conventikel sind, die in Norderny, Klein-Flottbeck und anderen Orten stattfinden, wo die Vorlagen für den Reichstag gestaltet werden oder auch nicht gestaltet werden? (Abg. Frühauß: Der Zylinder von Spahn wird wohl sehr rostig!) Der Zylinder von Spahn ist auch zuzeiten schon gewandert; aber nur zum Zweck der Verständigung über bestehende Meinungsverschiedenheiten in bezug auf bereits an den Reichstag gebrachte Vorlagen. Aber solche Seancen wie jetzt haben nicht stattgefunden. Ich glaube nach diesen Ausführungen doch einen Beweis für gewisse Abschwüngen der Herren Linksliberalen erbracht zu haben (Abg. Dr. Heimburger: Er ist aber sehr schwach!). Nun, vielleicht finden die anderen Herren ihn besser. Das sind ja immer Geschmackssachen (Abg. Frühauß: Das ist der ontologische Beweis!).

Ich gehe nun weiter zu einer anderen Bemerkung des Herrn Abg. Frühauß, nämlich dazu, daß er der Zentrumsparlei vorgeworfen hat, sie gewähre jetzt nicht einmal mehr Redefreiheit in öffentlichen Versammlungen, soweit sie rückständig und ein Feind der Freiheit geworden. Ich weiß nicht, auf welchen Vorgang der Herr Abg. Frühauß angespielt hat (Abg. Frühauß: Offenbürg 1905 mit Muser!). Mit Muser! Ich weiß von jener Sache nichts; war jedenfalls unbeteiligt. Der Herr Abg. Hergt hat aber die „Offenbürg Zeitung“ vom 25. Jan. 1907 vorgelegt, in der es heißt: „Die Annahme gewisser Blockkreise überschreitet alle Grenzen. Der Vorstand des Blockwahlkomitees hier hat, als er hörte, daß Herr Erzberger im Unionsaal sprechen werde, bei Herrn Stefan, dem Vorsitzenden des Zentrumswahlkomitees, brieflich angefragt, ob in der Zentrumsversammlung Herr Oskar Muser das Wort zur Diskussion unmittelbar nach Herrn Erzberger erhalten und ob Herr Muser auch hinreichend Zeit zu seinen Ausführungen bekommen werde. Auf diesen nicht gerade bescheidenen Brief hat Herr Stefan

geantwortet, daß nach Herrn Erzberger (der 6 Uhr 53 nach Freiburg weiterreisen müsse) Herr Schüller und dann Herr Bürgermeister Häfner von Ettlingen sprechen und daß freie Diskussion gewährt werde.“ Das stehe auch auf der Tagesordnung (Zuruf von den Liberalen: Nach drei Rednern!). Danach ist freie Diskussion gestattet gewesen, und ich finde es in der Tat als eine weitgehende Prävention von Jemanden, der in eine gegnerische Versammlung gehen will, wenn er den Anspruch erhebt, daß er, bevor die drei von auswärts zugereisten offiziellen Redner zum Worte gekommen sind, seinerseits das Wort zu einem offenbar lange in Aussicht genommenen Vortrag erhalten will. Aber selbst wenn die Zentrumsparlei eine Versammlung für sich unter Ausschluß von gegnerischen Rednern abgehalten hätte, so wäre gar nichts dagegen einzuwenden. Es steht lediglich im Ermessen derjenigen, die eine Versammlung anberaumen, ob sie eine Versammlung mit freier Diskussion oder ohne solche halten wollen, und einen Vorwurf, daß eine Partei wenig freiheitlich gesinnt sei, kann man daraus, daß sie eine Versammlung ohne Diskussion abhält, jedenfalls nicht ableiten. In Offenbürg aber ist die Diskussion gestattet gewesen, nur nicht in dem Augenblick, in dem es in einer sehr präventösen und durchaus unberechtigten Weise der Herr Dr. Muser verlangt hat.

Der Herr Abg. Frühauß hat sodann erklärt, wenn wir jetzt groß und zahlreich seien als Fraktion, so sei das nicht immer so gewesen; in den 80er Jahren seien wir auch klein gewesen, und auch wir könnten einmal klein und die Freisinnigen groß werden. Daß wir einmal klein werden können, will ich nicht bestreiten, es ist möglich. Aber sehr wenig wahrscheinlich scheint es mir zu sein, daß die Freisinnigen in diesem Hause je mit 28 Abgeordneten einziehen werden. Die freisinnige Volkspartei ist nicht von heute und von gestern, sondern seit mehr als 20 Jahren ist sie an ihrer Arbeit. Sie hat es aber meines Wissens auch mit fremder Hilfe noch nie über zwei Abgeordnete hinausgebracht, sie hat zeitweise auch gar keinen besessen, und heute ist sie mit einem einzigen hier vertreten. Als ich den Herrn Abg. Frühauß mit den Fortschritten, die seine Partei machen werde, so habe renommierten hören, ist mir eine Erinnerung gekommen an das Jahr 1903, wo der Abg. Baffermann hier bei der Reichstagswahl Kandidat war. Ich war da an einem Abend hier in einer Karlsruher Zentrumsversammlung, und als ich um die mitternächliche Zeit nach Mannheim zurückreiste, bin ich zufällig im Coupe mit einem mir bekannten freisinnigen Rechtsanwalt aus Mannheim zusammengekommen, der mir erzählte, er habe eine freisinnige Versammlung in einem großen Orte dicht bei Karlsruhe abhalten wollen, habe aber in dem Versammlungslokal keinen einzigen Menschen gefunden, nicht einmal den Vertrauensmann der Partei. Und als er nach diesem geschickt habe, habe er ihm sagen lassen, es gefalle ihm nicht mehr bei den Freisinnigen, er wolle nicht mehr Vertrauensmann sein. Die Verheißung, daß sie zahlreich werden wie der Sand am Meer, wird auf die freisinnigen Abgeordneten jedenfalls noch lange nicht zutreffen.

Der Herr Staatsminister hat in seiner zweiten Rede, die er vor einigen Tagen gehalten, sich nun auch darüber beklagt, daß ich auch ihn selbst wie den Herrn Minister Dr. Schenkel in meiner ersten Rede hämisch behandelt hätte. Ich habe schon nach der ersten Rede des Herrn Staatsministers in einer persönlichen Bemerkung erklärt, daß es mir durchaus ferngelegen habe, den Herrn Dr. Schenkel irgendwie hämisch zu behandeln; und ich kann nun dieselbe Erklärung nur ebenso bestimmt auch bezüglich des Herrn Staatsministers abgeben. Wenn die

Worte, in denen meines Wissens der Herr Staatsminister diese hämische Behandlung finden will, („ich müße nun auch ein wenig mit dem Herrn Staatsminister mich beschäftigen“) etwa in diesem Sinne aufgefaßt werden könnten, so bedaure ich das. Ich muß aber auf das Bestimmteste erklären, daß es nicht meine Absicht war, den Herrn Minister spöttisch zu behandeln, wie ich überhaupt keinen Grund habe, den Herrn Staatsminister persönlich zu kränken. Ich habe mich nicht mit seiner Person zu befassen, sondern mit seiner Politik; und damit lediglich habe ich mich befaßt. Ich habe in meiner persönlichen Bemerkung in der Sitzung vom 22. Januar auch bereits erklärt, daß der Herr Staatsminister im Irrtum sei, wenn er gemeint habe, aus meinen Ausführungen die Aufforderung herauslesen zu sollen, seinen Platz zu verlassen. Ich kann diese Erklärung auch heute nur wiederholen, und will nur kurz den Gedankengang nochmals repetieren, dem ich damals in der Kritik, die ich gegen den Herrn Staatsminister gerichtet habe, gefolgt bin. Ich habe gesagt, der Herr Staatsminister sei seinerzeit Ressortminister im Ministerium von Brauer gewesen, welches Ministerium sich mit der Erklärung eingeführt habe, daß es über oder neben den Parteien stehen werde. Wir hätten die Meinung und unseren Wahrnehmungen nach den Eindruck gehabt, daß der damalige Ressortminister v. Dusch sich durchaus als ein gleichartiges Element in diesem Ministerium des Herrn v. Brauer gefühlt habe. Ich habe weiter ausgeführt und das mit einer Reihe von Vorgängen tatsächlich substantiiert, daß nach dem Abgang des Herrn von Brauer das Ministerium von Dusch sich in die Kämpfe der Parteien wieder eingemischt habe, und habe geschlossen, nach diesen Vorgängen müßten wir das Ministerium des Herrn von Dusch anders beurteilen, als das Ministerium des Herrn von Brauer. Mehr habe ich nicht gesagt, mehr habe ich auch nicht sagen wollen. Zur Begründung des Urteils, das ich abgegeben habe, hätte ich aber vielleicht noch manches andere beifügen können. Ich hätte insbesondere noch die außerordentlich scharfe, geradezu gehässige Haltung erwähnen können, die die „Karlsruher Zeitung“, das Amtsblatt der Regierung, anlässlich der letzten Reichstagswahlen gegen das Zentrum eingenommen hat. Die Sprache, die die „Karlsruher Zeitung“ damals gegen das Zentrum geführt hat, war tatsächlich vollständig gleichzustellen mit der Sprache, wie wir sie sonst von den Amtsverwandten gehört haben.

Nun hat der Herr Abg. Obkircher in seiner Rede gesagt, es sei sehr wohl verständlich, warum das Zentrum jetzt diese scharfen Angriffe gegen das Ministerium des Herrn von Dusch gerichtet habe, und er hat insbesondere als Gründe, die uns dazu veranlaßt hätten, die Visitation der Kongregationsanstalten und den Stand der Ordensfrage bezeichnet. Demgegenüber will ich doch darauf besonders hinweisen, daß ich nicht einen einzigen Gegenstand der sachlichen Amtswaltung des Ministeriums von Dusch in meine Kritik hineingezogen und zur Begründung unserer Beschwerden verwendet habe, sondern was ich gesagt habe, hat sich alles einzig und allein darauf bezogen, daß das Ministerium die Stellung über oder neben den Parteien seit dem Abgang des Herrn von Brauer verlassen und sich wieder als ein Parteiministerium der Nationalliberalen bei den Wahlen und bei der sonstigen Förderung der Parteinteressen dokumentiert habe. Ich kann jetzt noch besonders erklären, daß ich an die Visitation der Kongregationsanstalten auch nicht entfernt gedacht habe. Diese Kongregationen sind mir seit Monaten, seit Jahren vielleicht nicht in den Kopf gekommen. Der Herr Abg. Obkircher hat bemerkt, wenn die Regierung vorgegangen sei, sei sie auf geseplichem Boden und schonend vor-

gegangen. Ich selbst kann nur sagen: Soweit mir bekannt ist, sind über die Art und Weise des Vorgehens der Regierung Beschwerden nicht erhoben worden; ich erinnere mich nicht, daß ich in Zentrumsblättern Klagen in dieser Richtung etwa gelesen hätte. Darüber freilich hat man sich allerdings aufgehalten und das hat man sonderbar gefunden, daß, nachdem die Dinge in dem gleichen Stande unter einem so liberalen Ministerium, wie es das des Herrn Noth war, viele Jahre, man kann vielleicht Jahrzehnte sagen, ruhig bestanden haben, sie sofort zum Gegenstand des Einschreitens der Regierung wurden, als Herr Böhlingk und der Jungliberalismus sich der Sache bemächtigten. Das ist zum Gegenstand der Beanstandung gemacht worden, aber über die Art und Weise der Durchführung ist mir eine Klage nicht zu Gehör oder zu Gesicht gekommen (Abg. Dr. Obkircher: In Raftatt zum Beispiel hat Ihre Presse sehr über die Art und Weise des Vorgehens geklagt). Mir ist davon nichts bekannt, ich lese nicht alle Lokalblätter, ich lese den Beobachter, und dort ist meines Wissens nie etwas davon gestanden.

Ebenso wenig hat die Frage, die der Herr Staatsminister als die bekannte große Frage bezeichnet hat, in dem was ich vorgebracht habe, eine Rolle gespielt. Wir betrachteten die Ordensfrage als eine ungelöste, und holten uns vor, diese Frage als Einzelfrage an dem Ort und zu der Zeit weiter zu behandeln, die uns geeignet erschienen, aber eine Rolle in der Begründung der Beschwerde, die ich gegen das Ministerium v. Dusch vorgebracht habe, hat die Ordensfrage nicht gespielt.

Ich will Ihnen den Grund sehr klar darlegen, weswegen wir es für angezeigt gehalten haben, gerade jetzt in diesem Augenblick die Beschwerden über die parteipolitische Haltung des Ministeriums mit besonderem Nachdruck und in einer gewissen Zusammenfassung der dafür vorliegenden Vorgänge hervorzuheben. Wir befinden uns jetzt einem Staatsministerium gegenüber, das zum Teil neu zusammengesetzt ist, und dem insbesondere derjenige Minister nicht mehr angehört, von dem wir annehmen, daß es seinen Bestrebungen hauptsächlich zuschreiben ist, daß das Ministerium v. Dusch mehr und mehr von der Stelle, die das Ministerium des Herrn von Brauer in parteipolitischer Beziehung eingenommen hatte, abrückte und immer mehr zu einem parteipolitisch und nationalliberalen Ministerium wurde. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß das Staatsministerium jetzt, wo es zum Teil neu zusammengesetzt ist, wieder eine andere Haltung einnehmen wird, die der des Ministeriums v. Brauer entspricht, und deswegen habe ich es für notwendig gehalten, in diesem Augenblick unsere Beschwerden mit einem gewissen Nachdruck und in einer gewissen Zusammenfassung vorzubringen. Der Herr Abg. Obkircher hat allerdings schon früher einmal die Theorie entwickelt, ein Ministerium müsse Farbe bekennen. Er steht auf dem Standpunkt, daß ein Ministerium seinen Beruf verfehlt hat, wenn es sich nicht in die Dienste einer Partei stellt (Abg. Obkircher: Das ist nicht richtig!). Das ist in Baden die nationalliberale Partei ist, ist selbstverständlich, denn diese Partei betrachtet es gewissermaßen als ein angestammtes Recht, daß die Regierung ihr auch die Wahlgeschäfte besorgt. Wir erlauben uns aber, anderer Meinung zu sein, der Meinung, daß es durchaus nicht notwendig und nützlich ist, daß das Ministerium in die parteipolitischen Gängel sich einmischt. Das Ministerium soll, ich wiederhole es, über oder neben den Parteien stehen, das ist für das Ministerium und für das Land das Beste. Damit wird dem Ministerium keineswegs eine politische Charakterlosigkeit angefochten. Wir haben nie verlangt, daß ein Ministerium nach seiner Gesinnung und Anschauungsweise keinen politischen Charak-

er habe; wir haben auch nicht verlangt, daß das Ministerium in seiner sachlichen Amtswaltung seine politische Anschauung nicht zum Ausdruck bringen dürfe, soweit es den Verhältnissen des Landes entspricht. Wenn in solchen einzelnen sachlichen Fragen das Ministerium dann eine Haltung einnimmt, die nicht dem entspricht, was wir für das Richtige halten, dann werden wir uns die Freiheit nehmen, in diesen einzelnen sachlichen Fragen das Ministerium zu bekämpfen, und wir werden suchen, unsere Anschauung in der Frage der abweichenden Anschauung der Regierung gegenüber zur Geltung zu bringen. Aber das ist etwas anderes, als wenn ein Ministerium in die Arena der parteipolitischen Kämpfe herabsteigt und hier zugunsten einer einzelnen Partei Stellung nimmt; und das wollen wir vermeiden haben. Ein Minister, das habe ich dem Herrn Abg. Obkircher schon früher einmal gesagt, kann eine sehr bestimmte eigene politische Meinung haben, ohne daß er sich dabei auf eine bestimmte Partei stützt. Ich habe damals den Herrn Abg. Obkircher gefragt, ob er mir etwa sagen könne, auf welche Partei der verstorbenen Reichskanzler Fürst Bismarck seine Politik gegründet habe. Der Herr Abg. Obkircher war aber damals nicht in der Lage, mir eine Antwort zu geben, und ich glaube, heute könnte man mit noch viel mehr Recht fragen, auf welche Partei denn heute der Herr Reichskanzler seine Politik gründet.

Der Herr Staatsminister hat neulich in seiner zweiten Rede erklärt, nach Beendigung der politischen Kämpfe in der Finanzdebatte werde man ja wieder mit der Tatsache rechnen dürfen, daß die großen Parteien doch wieder in der praktischen Arbeit zusammenkommen würden wie auf dem letzten und in den früheren Landtagen, und der neue Herr Ministerialpräsident Freiherr von Bodman hat in seiner Rede die Erklärung abgegeben, daß er sich bemühen werde, über oder neben den Parteien sich zu stellen. Wenn wir diese beiden Erklärungen neben einander halten und wenn der Herr Staatsminister der Ueberzeugung ist, daß nur durch ein Zusammenwirken der großen Parteien die praktische Arbeit des Parlaments geleistet werden kann, dann sollte es auch dem Staatsministerium nicht schwer werden, in Zukunft wieder abweichend von dem, was in den letzten Jahren der Fall war, seinen Standpunkt über und neben den Parteien zu nehmen (Sehr richtig! im Zentrum). Wenn das der Fall sein wird, dann werden solche Beschwerden, wie sie in dieser Finanzdebatte gegen das Staatsministerium erhoben worden sind, aus der Diskussion verschwinden, und wir werden in Zukunft nur noch über sachliche Differenzen zu einzelnen Gegenständen uns auseinander zu setzen haben. Wir können dann mit dem Ministerium, wie Herr von Bodman neulich die Hoffnung ausgesprochen hat, ein gutes Stück Wegs wohl zusammengehen, und ich kann nur erklären, daß wir dazu den Wunsch haben. Wir wollen nicht eine oppositionelle, unfruchtbare Stellung einnehmen, sondern an den Geschäften des Landes mitarbeiten. Das kann nur zum Segen und zur Ruhe des Landes dienen, und ich hoffe, daß es der Fall sein wird (Beifall im Zentrum).

Abg. Pfeiffle (Soz.): Man kann nicht behaupten, daß der politische Teil bei dieser allgemeinen Finanzdebatte eine stiefmütterliche Behandlung erfahren hätte, und, wie mir scheint, sind auch die theologischen und religiösen Fragen hier hinreichend erörtert worden. Es ist daher jetzt kaum noch möglich, neue Gesichtspunkte in die allgemeine Debatte hineinzuwurfsen, namentlich dann, wenn schon etwa ein Duzend Redner zu derselben Sache gesprochen hat. Wenn ich mich gleichwohl mit wenigen Worten dem politischen Teil zuwende, so geschieht

es deshalb, weil gerade die sozialdemokratische Partei in der Hauptsache das Streitobjekt abgeben mußte.

Zunächst einige Worte über den Großblock. Der Großblock liegt ja jetzt noch namentlich der Zentrums- partei schwer im Magen. Trotzdem schon mehr als zwei Jahre ins Land gegangen sind, haben Sie den Großblock immer noch nicht zu verdauen verstanden. Sie empfehlen sich nach oben und wollen damit sagen, daß die Zentrums- partei die monarchische Partei geblieben sei, während die andere Seite ihre monarchische Gesinnung revidiert und dadurch eine Einbuße erlitten hätte. Ich kann Ihnen den Aergers nachfühlen, es ist ja nichts anderes als der Aergers, der immer wieder bei dieser Diskussion zum Ausdruck kommt. Die Zentrums- partei hat sich getäuscht gefühlt: Beim ersten Wahlgang haben Sie außerordentlich gute Geschäfte gemacht, und Sie haben zweifellos damit gerechnet, daß Ihnen auch der zweite Wahlgang noch eine Anzahl Mandate bringen werde. Der Großblock hat Ihnen jedoch einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Die Zentrums- partei hat aber zu solchen Angriffen nicht die geringste Veranlassung. Streng gerechnet haben wir der Unterstützung des Zentrums eigentlich mindestens ebensoviele Mandate zu verdanken wie dem Großblock. Es ist auch wiederholt darauf verwiesen worden, daß auch die Zentrums- partei es versucht hat, mit uns einen Kompromiß einzugehen, und wenn wir uns dazu hergegeben hätten, dann wäre es eben auch zu einem Block gekommen, vielleicht auch zu einem Großblock: es wären nur andere Parteien gewesen. (Abg. Dr. Zehnter: Wer hat denn den Versuch gemacht?) Ich habe schon vor 2 Jahren, Herr Abg. Dr. Zehnter, gesagt, daß ein Mann bei mir war und mich gefragt hat, was nunmehr zu tun ist. Das kann Ihnen genügen. Er hat sich natürlich sehr vorsichtig ausgesprochen, er hat gesagt, er sei nicht legitimiert. Aber wenn es ein hervorragender Parteiführer ist, dann genügt mir das. Ich weiß ja, wie das geht, wie solche Kompromisse mitunter zustande kommen. (Abg. Dr. Zehnter: Auch wenn er ausdrücklich erklärt, er sei nicht legitimiert, genügt das Ihnen? Dann sind Sie sehr unvorsichtig!) Herr Abg. Dr. Zehnter, davon bin ich felsenfest überzeugt: Wenn ich ihm erklärt hätte, wir sind zu einem Kompromiß bereit, dann hätte er diese meine Zusage nachher schon an die richtige Stelle weitergegeben, dann hätte er sich selbstredend die Legitimation nachträglich geholt. Also es war weiter nichts als ein vorsichtiges Angebot.

Nun hat der Herr Abg. Dr. Schofer die Behauptung aufgestellt, es seien auch von unserer Seite Angebote erfolgt, es lägen Briefe vor. Mich wundert nur, daß man das bis jetzt verschwiegen hat (Sehr richtig!). Wenn solche Briefe vorlägen, dann bin ich felsenfest überzeugt, der Herr Abg. Dr. Schofer hätte nicht so lange hinter dem Berg gehalten, dann hätten wir das schon früher erfahren; aber gerade die Tatsache, daß das damals nicht geschah, beweist mir, daß er nicht im Besitze solcher Briefe ist.

Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß ja das Zentrum auch anderweitig schon Kompromisse mit der sozialdemokratischen Partei gemacht hat, und es ist dabei auf Bayern verwiesen worden. Herr Dr. Schofer hat allerdings seine bayrischen Parteigenossen abzuschütteln versucht, er hat gesagt: Was gehen denn uns die Bayern drüben an, wir sind hier bei uns! Er wird aber jedenfalls nicht behaupten wollen, daß die Zentrums- partei in Bayern eine andere Gesinnung betätigt als die Zentrums- partei bei uns in Baden. Es ist dort auch ein Kompromiß zustande gekommen, er ist sogar — das ist bis jetzt noch nicht erzählt worden — in einer Satiriker, in einer Kirche in der Pfalz zustande

gekommen und hat damit sogar den kirchlichen Segen erhalten! Ich bin fest überzeugt, wenn ein solcher Kompromiß in einer evangelischen Kirche von den Nationalliberalen abgeschlossen worden wäre, dann hätte man vielleicht die Kirche für entheiligt angesehen!

Nun komme ich mit wenigen Worten auch zu der Stellung der Großh. Regierung, die diese zu der Großblockpolitik eingenommen hat. Ich will nicht noch einmal wiederholen, daß die Regierung nicht schuld an diesem Großblock war. Recht treffende Antworten hierauf haben mein Fraktionskollege Kolb und dann aber auch unser Kollege Dr. Obkircher gegeben. Regierungsseitig ist das Bedauern ausgesprochen worden, daß die bürgerlichen Parteien sich dazu entschlossen hätten, mit der sozialdemokratischen Partei ein Kompromiß einzugehen. Ich meine, die Großblockpolitik verdient keinen Tadel von Seiten der Regierung. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß die Regierung alle Ursache hätte, den Männern, die damals unter Aufopferung von früheren Grundsätzen es zu einem solchen Großblock gebracht haben, zu danken. Das eine steht fest, daß es der Großh. Regierung außerordentlich schwer geworden wäre, wenn der Großblock nicht zustande gekommen wäre, weiter zu regieren. Entweder hätte die Großh. Regierung dem Zentrum gegenüber die Rolle spielen müssen, welche jetzt die Konservativen beim Zentrum spielen, oder sie hätte überhaupt aufhören müssen, zu regieren. Ich glaube nicht, daß es der Regierung gelungen wäre, mit der Zentrumsmehrheit weiter regieren zu können, Sie kennen ja deren Stimmung der Regierungsbank gegenüber.

Der Herr Staatsminister hat erklärt, daß die Regierung in ihren Zielen durchaus einig gehe. Es scheint mir aber, daß dies nicht ganz richtig sein kann. Der Herr Staatsminister hat sowohl im letzten Landtage als auf diesem zu wiederholten Malen versucht, die Zentrumspartei und die nationalliberale Partei wieder zu vereinigen. Ich habe mich schon oft über die Ausdauer und Zähigkeit des Staatsministers gewundert, mit der er immer wieder diesen Zusammenschluß betreibt. Er hätte doch schon längst wissen sollen, daß diese beiden Parteien sich scheiden wie Wasser und Feuer, daß an eine Einigung in absehbarer Zeit gar nicht zu denken ist. Der Herr Minister des Innern Frhr. v. Bodman hat wieder einen anderen Block im Auge gehabt. Er wollte die Zentrumspartei hier ausschalten und hat sich einen Block, wie er im Reiche besteht, vorgestellt, d. h. den Block in Verbindung mit der konservativen Partei. Diese Stellungnahme verrät eigentlich einen Mangel an Kenntnis der ganzen politischen Konstellation im Lande Baden; denn der Herr Minister mußte wissen, daß wir nie eine solche ausgesprochene konservative Partei in Baden haben, wie das in Preußen der Fall ist. Die Konservativen und die Bauernbündler, die wir in Baden haben, sind im Grunde nichts anderes als evangelische Zentrumsmenschen (Sehr gut!), und deshalb ist auch nicht daran zu denken, daß diese Leute der nationalliberalen Partei zugeführt werden können.

Die Großh. Regierung hat sich auch über die Präsidentschaftswahl ausgesprochen. Die Tendenz der Regierung geht nicht allein darauf hinaus, durch Gründung eines anderen Blockes die sozialdemokratische Partei von der Tätigkeit im Parlamente auszuschalten, sondern sie sollte auch von dem Präsidium ausgeschaltet werden. Das ist nun allerdings gelungen, und wir bedauern es außerordentlich, daß man es nicht verstanden hat, auch der drittstärksten Partei eine Vertretung in der Vorstanderschaft einzuräumen. Dieser Ausschluß vom Präsidium wird damit begründet, daß wir es abgelehnt

haben, allen diesen traditionellen Anforderungen, die an das Präsidium gestellt werden, zu entsprechen. Wir haben uns immer bereit erklärt, all die Forderungen, die durch die Geschäftsordnung oder durch die Verfassung an uns gestellt werden, zu erfüllen. Dagegen lehnen wir diese traditionellen Anforderungen ab. Wir befinden uns dabei in recht guter Gesellschaft. Diese Stellung wird nicht mehr von uns allein eingenommen, sondern sie gewinnt mehr und mehr Allgemeingut draußen im Lande zu werden. Ein nationalliberaler Parteiführer war es, der in einer Mannheimer Versammlung es ausgesprochen hat, daß man endlich einmal mit diesen Traditionen brechen möge, da sie nicht mehr dem parlamentarischen und politischen Ansehen entsprächen. Man darf eine große Partei nicht mehr ausschließen, man soll eine Partei, die eine andere politische Richtung vertritt, andere Anschauungen wie die anderen Parteien hat, nicht zu Heuchlern machen, denn es entspricht nicht dem Ansehen des Parlamentes, wenn auf dem Präsidium Leute sitzen, oder wenn sogar solche Leute mit zu Hofe zu gehen gezwungen sind, die im Innern an diese Bräuche nicht glauben. Wir erweisen damit auch unseren Monarchen keinen Gefallen. Wir wissen auch ganz genau, daß wir bei Hofe nicht gerne gesehene Gäste sind, und da, wo wir nicht gerne gesehen sind, bleiben wir weg.

Man hat es, wie gesagt, verstanden, uns vom Präsidium auszuschalten. Dieser Standpunkt ist nicht richtig, denn hinter uns 12 Mann stehen 50000 Wähler, und diese 50000 Wähler haben einen Anspruch darauf, hier im Landtage vertreten zu sein, und wir haben einen Anspruch darauf, auf Grund unserer Stärke auch im Präsidium vertreten zu sein. Man soll also nicht die Versuche machen, die breite Masse der Arbeiterschaft von der parlamentarischen Tätigkeit auszuschalten. Wir waren bis jetzt bemüht und waren beflissen, an allen Arbeiten, sei es hier im Plenum, sei es in den Kommissionen, uns zu beteiligen, und Niemand kann uns nachsagen, daß wir die Geschäfte nicht in der gleich gewissenhaften Weise verfolgt hätten, als dies von anderen Parteien geschieht. Vor mir liegt hier eine ganze Anzahl von Ansprüchen anderer Parteien, die uns ein Lob über unsere Tätigkeit ausstellen. Ich will nur ganz wenige solcher Ansprüche zur Verlesung bringen. Es heißt in der „Kölnischen Volkszeitung“: „Die Richtung in der Sozialdemokratie, die energisches, praktisches Arbeiten im Gegenwartsstaate verlangt, gewinnt immer mehr Boden“. Ein weiterer Ausspruch hierin heißt: „Also die wirkliche Lage der Dinge ist die, die ganze Partei ist für die positive, praktische Arbeit zur Hebung der Lage des Proletariats.“ Weiter heißt es in der „Tremontia“-Dortmund: „Solange es zahlreiche Sozialdemokraten im Lande gibt, müssen sie auch in der Volksvertretung vertreten sein. Ihr Vorhandensein belebt den Eifer für soziale Reformen und zugleich die volkserzieherische Tätigkeit der bürgerlichen Parteien.“ Weiter aus der Zentrumspresse: „So leicht wie oft bei anderen Parteien ist bei den Sozialdemokraten die Würde des Abgeordneten nicht zu haben. Sie verlangen, daß der Gewählte auch eine tüchtige Bürde mitübernimmt. Wer bei ihnen nicht angestrengt arbeiten will, der ist bald unten durch. Wer mit den Sozialdemokraten in parlamentarischen Kommissionen usw. zu tun hat, wird ihnen bezeugen müssen, daß sie sehr fleißig und in der Regel gut beschlagen sind. Auch aus ihren Reden im Plenum sieht man, daß sie fleißig vorbereitet sind. Die anderen Parteien haben aber, was bei den Sozialdemokraten nicht vorkommt, eine ganz beträchtliche Anzahl von Drohnen, von Mitgliedern, die sich an den parlamentarischen Arbeiten nur mit Abstimmungen beteiligen, sei es, weil sie zum Ar-

beiten zu bequem sind, sei es, weil sie nicht dafür geeignet sind, oder weil es ihnen wegen anderer Tätigkeit an Zeit mangelt." Das sind sehr gute Zeugnisse, mit denen wir uns sehen lassen können. Dagegen will ich Ihnen ein anderes Zeugnis vorlesen über eine andere Partei, und zwar nicht ein Urteil von einem Gegner, sondern aus der eigenen Partei heraus; es betrifft die Zentrumsparlei. Da heißt es: „Am besten organisiert zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit, wie überhaupt im ganzen Jahre, die Herren Genossen auf der äußersten Linken. Bei ihnen herrscht strenge Arbeitsteilung. Da wird vorher genau geregelt, wer spricht und worüber. Beim Zentrum dagegen herrscht volle Anarchie. Wo jedermann seitens einer großen Partei eine großzügige Rede erwartet, erhebt sich eine meterbuckelbreite Persönlichkeit (Heiterkeit) und fragt, ob an irgend einer Schiene seiner Lokalbahn nicht ein Nagel verkeht eingeschlagen sei (Heiterkeit), und glaubt damit, das Vaterland gerettet zu haben!" Ein Ausspruch vom Reichstagesabgeordneten Gerstenberger.

Sie sehen also, daß gar keine Ursache vorliegt, auch nicht auf Seiten der Regierung, daß man hier eine der Parteien ausschheidet und sie an den parlamentarischen Arbeiten nicht teilnehmen lassen will.

Nun komme ich auf eine andere Frage, auf die Wahlrechtsfrage, nochmals mit einigen Worten zu reden. Mein Fraktionskollege Kolb hat ja schon darauf hingewiesen und an die Regierung die Anfrage gestellt, welche Stellung sie zu dieser preussischen Wahlrechtsfrage einnehme. Der Herr Staatsminister hat es abgelehnt, diese Frage zu beantworten. Die Ablehnung kam uns durchaus nicht überraschend; der Standpunkt, den der Herr Staatsminister einnahm, ist ja der gleiche, den auch sein Herr Kollege in Bayern und die Staatsminister in den einzelnen anderen Bundesstaaten eingenommen haben. Ich verüble ihm auch diese Stellungnahme nicht, trotzdem sie unrichtig ist. Er hat darauf hingewiesen, daß das eine rein preussische Frage sei, die Baden nichts angehe; wir hier in Baden würden es uns auch verbitten, wenn sich Preußen in unsere innerpolitischen Fragen hineinmischte. Mein Fraktionskollege Dr. Frank hatte schon darauf geantwortet, daß dem doch nicht so sei: Die preussischen Konservativen oder, wie wir sie schlechthin zu bezeichnen pflegen, die preussischen Junker verfolgen die Politik in Süddeutschland ganz genau, und wenn ihnen da etwas nicht gefällt, dann sprechen sie sich namentlich auch im preussischen Herrenhaus gemeinsam darüber aus; sie haben gerade auch zu jener Zeit, als bei uns das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht eingeführt wurde, sich sehr despektierlich nicht allein gegenüber unsern Parteien, sondern auch gegenüber unserer Regierung ausgesprochen. Aber ich glaube, uns Süddeutsche geht die Sache doch insofern etwas an, als derjenige Mann, der im preussischen Landtag jene Wahlrechtserklärung abgegeben hat, nicht allein preussischer Ministerpräsident, sondern zugleich auch Reichskanzler ist (Abg. S. 6: Sehr richtig!).

Als preussischer Ministerpräsident hat er gesagt, daß das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht dem Staatswohl widerspreche. In den Händen eines Mannes, der solche Ausdrücke tut, scheint mir das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht recht schlecht aufgehoben zu sein. Er bräunte vielleicht nur noch die Unterstützung einer Mehrheit des Reichstags; Stimmung zur Abschaffung des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechtes ist bekanntlich schon genug vorhanden. Es wird sich vor allem darum handeln, welche Stellung nunmehr der Reichsblock dieser Äußerung gegenüber einnimmt. Es sind da in den letzten Wochen und Tagen eine ganze Anzahl von

Protestversammlungen abgehalten worden; in den einen wurden Resolutionen gefaßt, daß der Block aufgelöst werden müsse, in anderen nahm man wieder den Standpunkt ein, man dürfe das nicht, sonst wäre der Block von der Reichspolitik, von der Mitwirkung bei der Reichsregierung, ausgeschlossen. Diesen Standpunkt hat ja auch der Herr Kollege Dr. Obkircher hier vertreten; er hat gesagt: „Wenn die Blockparteien sich auflösen, wenn sie nicht mehr den Reichskanzler unterstützen, was wird dann werden? Dann wird der Reichskanzler eben wieder mit dem Zentrum und mit der konservativen Partei regieren.“ Ich glaube, es würde gar nichts schaden, wenn einmal der Reichskanzler (wenn auch nur auf ein oder zwei Jahre) genötigt wäre, mit diesen beiden Parteien zu regieren; es könnte vielleicht zu einer allgemeinen Enttächtigung der allgemeinen Wählerschaft führen. Was die Blockparteien anbelangt, so glauben wir aber garnicht daran, daß es zum Bruch kommt, und daß diese Parteien dem Reichskanzler die Gefolgschaft versagen. Denn wir wissen ja, es ist schon einmal bei anderer Gelegenheit zu einem Konflikt zwischen dem Reichskanzler und den Blockparteien gekommen — am 4. Dezember 1907 war es, da hat der Reichskanzler sie zu sich beschieden, und die Blockparteien haben ihm aufs neue den Rittschwur in die Hand abgelegt, daß sie nie mehr wieder Opposition gegen den Reichskanzler machen wollen. Ich glaube, es wird also jetzt auch nicht anders gehen. Deshalb wird es Sache der Wählerschaft sein, darüber zu wachen, daß die Volksrechte nicht beeinträchtigt werden.

Ehe ich nun zu den Finanzen komme, will ich noch einige Worte gegenüber dem Herrn Minister des Innern sprechen. Der Herr Minister des Innern hat uns hier eine ganze Reihe von Zitaten und Aussprüchen vorgeführt und insbesondere sich auch auf das sozialdemokratische Programm berufen. Nun, das war nicht notwendig. Das sozialdemokratische Programm ist kein Buch mit sieben Siegeln, die sozialdemokratische Partei hat ihr Programm schon in Auflagen von Millionen in die breite Masse hinein verteilt, sodas der Inhalt unseres Programms durchaus nicht unbekannt geblieben ist.

Der Herr Minister hat nun gemeint, wir wünschen ein Gemeineigentum der Güter, das heißt also: dem Bauer solle sein letzter Acker genommen werden. Ich verhehle es nicht: Wir erstreben die Sozialisierung der Gesellschaft. Aber es kommt auch jetzt schon im kapitalistischen Gegenwartsstaat vor, daß dem Bauer sein letzter Acker weggenommen wird. Das preussische Dreiklassenparlament hat ja erst dieser Tage wieder 200 Millionen für Expropriation in Polen bewilligt. Und wenn die Sache so weiter geht, dann haben unsere kleinen und mittleren Bauern schon längst keine Felder und Aecker mehr, wenn wir einmal so weit sind, daß wir zur Sozialisierung der Gesellschaft schreiten können.

Der Herr Minister sprach dann auch davon, wir seien Republikaner. Das haben wir noch gar nie geleugnet. Wir sind Republikaner; aber es scheint, daß auch bei den Regierungen, der Reichsregierung, die Republikaner gar nicht so sehr verpönt sind; denn wären sie so sehr verpönt, wären sie Staatsverbrecher, dann könnte ja die Reichsregierung nicht in diplomatischen Verkehr mit anderen Staaten, die Republiken sind, treten. Die Reichsregierung hat aber doch ihre diplomatischen Vertreter in der Schweiz, in Frankreich, und hat sie auch in Amerika und in einzelnen der amerikanischen Republiken.

Nun zur Reichsfinanzreform. Da hat mich besonders ein Ausspruch des Herrn Finanzministers gefreut, der dahin ging, daß der Fehlbetrag im Reichshaushaltetat zum chronischen Uebel geworden zu sein scheint. Das ist eine Behauptung, die wir schon seit einer Reihe von Jahren aufstellten, die aber von Seiten der Gegner nie zugegeben wurde. Das Deutsche Reich befindet sich nicht erst seit jetzt in einem solchen chronischen Uebelstand, sondern, fast seitdem es besteht, ist Deutschland aus diesem chronischen Uebel eigentlich nie herausgekommen. Die Reichsfinanzmisere beginnt schon im Jahre 1879, wo eine ganze Reihe von indirekten Steuern eingeführt wurden, Erhöhung der Zölle auf die notwendigen Lebensmittel, die Tabaksteuer, der Tabakzoll usw., und kaum eine Legislaturperiode des Reichstages liegt hinter uns, in der sich der Reichstag nicht mit neuen Finanzforderungen des Reiches zu beschäftigen gehabt hätte. Früher sind die einzelnen Bundesstaaten beschuldigt worden, sie seien Kostgänger des Reiches, jetzt aber ist das Reich Kostgänger der einzelnen Bundesstaaten geworden. Der Etat von 1902 schließt ab mit einem Defizit von 35 Millionen. Im Jahre 1903 stieg das Defizit auf 72 Millionen. Im Jahre 1904 wurden, wenn dies auch nur eine finanzverwaltungstechnische Einrichtung war, die ganzen Einnahmen, die aus den Zöllen und aus der Tabaksteuer erzielt wurden, vollständig dem Reiche überlassen. Im Jahre 1906 betrug das Defizit schon weit über 200 Millionen. Man hat damals allgemein von der Ordnung der Reichsfinanzen gesprochen. Namentlich war es ja der Vorgänger des jetzigen Herrn Ministers, Herr Dr. Becker, der sich so viel von der Ordnung dieser Reichsfinanzen versprochen hat, aber gerade von unserer Seite wurde darauf hingewiesen, daß an eine Ordnung der Reichsfinanzen nie und nimmermehr zu denken sei. Denn wenn der Reichsregierung heute 200 oder 300 Millionen an Einnahmen bewilligt werden, so hat man bereits wieder für 500—600 Millionen Verwendung. Die Ausgaben für militärische Zwecke sind ja bekanntlich in den letzten Jahren geradezu ins Unheimliche angewachsen. Nicht allein aber haben wir mit diesem gewaltigen Anwachsen des Defizits zu rechnen, sondern auch mit dem ungeheuren Anwachsen der Reichsschuld. Ich will gar nicht an den Verbrauch der fünf Milliarden erinnern, die wir als Kriegsschuld von Frankreich erhielten, von der wir nichts mehr sehen. Sie ist verbraucht und es sind weitere 4000 Millionen an Schulden hinzugekommen. Das bedeutet also eine Ausgabe von ca. 9000 Millionen in einem Zeitraum, wo die indirekten Steuern in einer fortgesetzten Erhöhung begriffen waren. Man hat sich vor zwei Jahren große Hoffnungen bezüglich der Reichsfinanzreform gemacht: Man hat eine Zigarettensteuer, eine Fahrkartensteuer, eine Automobilsteuer, eine Tantiemensteuer, eine Erbschaftsteuer usw. eingeführt. Die Reichsfinanzverwaltung hat aber mit diesen Steuern vollständiges Fiasko erlitten. Die Fahrkartensteuer hat zirka 7 Millionen weniger eingebracht, als man erhofft hatte. Die Automobilsteuer hat 980 000 Mark weniger eingebracht, und die Tantiemensteuer, an deren Wirksamkeit wir überhaupt nicht geglaubt haben, hat gegenüber einer Einschätzung von rund 5 Millionen im ganzen nur rund 2 Millionen ergeben. Keine Steuer ist auch, glaube ich, so leicht zu umgehen, als wie gerade diese Tantiemensteuer. Die Herren bekommen jetzt ihre Geschenke mitten im Jahre schon verteilt, sodas die Tantiemen um so magerer, und um so kleiner ausfallen, und die Empfänger dem Staat dann für die Tantiemen recht wenig Steuern zu zahlen brauchen.

Nach Umfluß von 2 Jahren stehen wir also eigentlich

vor einer größeren Finanzmisere, als wie vorher. Die Reichsfinanzen sind immer noch nicht geregelt trotz dieser etwa 150—160 Millionen, die das Reich mehr eingenommen hat. Der Reichsetat vom Jahre 1907/08 schließt ab mit einem Defizit von 587 885 000 Mark. Davon sollen nunmehr wieder 260 Millionen durch Anleihen gedeckt werden, sodas immer noch ein ungeheurer Aufwand von 327 Millionen übrig bleibt. Nun sollen die Reichsfinanzen neuerdings wieder geordnet werden. Es wird wieder eine Anzahl neuer Steuern in Vorschlag gebracht, da die Finanzen der einzelnen Bundesstaaten die 327 Millionen selbstredend nicht auf ihr Finanzbudget übernehmen können. Es sollen ja in der Regel eigentlich nur 40 Bfg. pro Kopf an Matrikularbeiträgen erhoben werden, sodas also durch Matrikularbeiträge nur etwa 24 Millionen erhoben werden können. Es bleiben also immer noch 303 Mill. übrig. Ich weiß nun nicht, wie weit man beabsichtigt, von diesen 303 Millionen den einzelnen Bundesstaaten etwas zu stunden. Aber das eine ist schon richtig, daß man jetzt wieder nach Steuerquellen sucht, damit die Budgets der einzelnen Bundesstaaten dadurch nicht so sehr beeinträchtigt werden.

Unter den neuen Steuern befinden sich natürlich auch wieder die indirekten Steuern. Fürst Bismarck hat schon in den 70er Jahren einmal den Ausspruch getan, daß er von Haus aus ein sehr großer Freund von indirekten Steuern sei, weil sie weniger empfunden werden. Diese Behauptung trifft aber nicht ganz zu. Die indirekten Steuern werden sehr wohl empfunden; allerdings werden in der Regel dabei die unrichtigen Kreise beschuldigt: Wenn das Brot oder Mehl aufschlägt, so meint die breite Masse der Bevölkerung, der Bäcker sei schuld daran; wenn der Kaffee, der Zucker oder sonstige Kolonialartikel aufschlägen, so wird angenommen, der Kaufmann oder Krämer sei schuld, während diese Erhöhungen doch nichts anderes als unser Steuerwesen zur Ursache haben.

Der Herr Finanzminister sagte: „Nur die Erschließung weiterer Einnahmen auf dem Gebiete der indirekten Steuern kann dem Finanzelend des Reiches, wie man nicht mit Unrecht neuerdings sagt, abhelfen. Die indirekten Steuern werden ja bei uns vielfach und vorwiegend aus theoretischen Gründen bekämpft. Die Finanzwissenschaft und die praktische Finanzwirtschaft stehen auf dem Standpunkt, daß die indirekten Steuern ein durchaus rationelles Glied in dem Steuerystem sind, daß der Bezug der Steuer nicht lediglich nach der Leistungsfähigkeit zu geschähen habe, sondern auch mit Rücksicht auf den Genuß des staatlichen Schutzes und der staatlichen Einrichtungen, und in diesem Genuß stehen nicht zum wenigsten auch die breiten Massen der Bevölkerung. Diese nehmen aber an den direkten Steuern wenig oder nur geringfügigen Anteil und die direkten Steuern sind überwiegend die Einnahmen der Staaten, der Gemeinden, der kommunalen Verbände, der Kirchen und dergleichen. Auch die Erbschaftsteuer trifft doch im wesentlichen die Wohlhabenden. Es ist nicht unbedingt richtig, daß die Verbrauchs- und Verkehrssteuer hauptsächlich die Minderbemittelten trifft. Man kann es zugeben hinsichtlich notwendiger Lebensmittel, obschon auch der Wohlhabende in seinem Haushalt diese Lebensmittel verbraucht, und da eine Teuerung auf diesen Gebieten auch das Erwerbsleben belastet. Die Folgen der Steigerung der Lebensmittelpreise sind die Lohnerhöhungen“. Die letzte Behauptung trifft nicht zu. Die Löhne sind nicht gestiegen insolge der Steigerung der Lebensmittelpreise oder etwa der Erhöhung des sozialen Verständnisses der Industriellen und Arbeitgeber, sondern sie mußten erst den Arbeitgebern mittels der vielverrufenen Streiks abgetrotzt werden. Die Er-

höhung der Löhne steht aber in gar keinem Vergleich zu der Steigerung der Lebensmittelpreise. Die Löhne sind etwa um 10 Proz. gestiegen, während die Lebensmittel in den letzten Jahren bis zu 25 Proz. gestiegen sind. Daß die Minderbemittelten sich eines großen Staatschutzes erfreuen, das trifft gerade nach den gemachten Erfahrungen auch nicht zu, namentlich wenigstens soweit Preußen dabei in Frage kommt. Es trifft auch nicht zu, daß die minderbemittelten Bevölkerungskreise diejenigen seien, die wenig oder gar keine direkten Steuern aufbringen. Ich möchte das Gegenteil behaupten. Denn die Arbeiter müssen zum großen Teil nicht allein die Steuern, die sie selbst bezahlen, sondern auch die, welche unsere Großfabrikanten zahlen, verdienen. Die direkten Steuern werden in den Häusern immer als Geschäftsunkosten geführt, müssen also durch die Tätigkeit der Arbeiter erst aufgebracht werden.

Unter den verschiedenen vorgeschlagenen Steuern findet sich auch diesmal wieder die Tabaksteuer. Wir haben deswegen schon vor Wochen eine Interpellation eingebracht. Ich gebe zu, die Interpellation war damals verfrüht; wir haben uns getäuscht. Aber die Tabaksteuervorlage scheint jetzt doch zu einer Tatsache werden zu sollen. Der Bundesrat beschäftigt sich bereits damit; auch der badische Finanzminister hat, eigentlich schon bevor diese ganze Frage im Bundesrat erledigt wurde, vorweg seine Zustimmung erteilt. Er hat mit einer ganzen Anzahl Sachverständigen Rücksprache genommen, und ich habe auch gelesen, daß er vor wenigen Wochen auch in Mannheim gewesen sei und dort die Banderolsteuer mit den Tabakfabrikanten besprochen habe. Ich bewaue recht lebhaft, daß der Finanzminister zu dieser Konferenz nicht auch Tabakarbeiter eingeladen hat. Es waren jedenfalls nur Großfabrikanten, die doch weniger von den Wirkungen der Tabaksteuer betroffen werden, als die große Anzahl der Tabakarbeiter. Der Standpunkt, den der jetzige Finanzminister einnimmt, ist der gleiche, den sein Vorgänger eingenommen hat. Sein Vorgänger hat auch gesagt, der Tabak sei ein Luxusartikel. Der Tabak ist, das ist richtig, gewissermaßen ein Luxusartikel. Aber man darf dabei nicht vergessen, daß bei diesem Luxusartikel Tausende und Tausende von Arbeitern ihr Brod verdienen.

Nun hat der Herr Finanzminister über die Wirkungen des Tabakzolls und der Tabaksteuer im Jahre 1879 ganz eigenartige Erfahrungen gemacht, Erfahrungen, die in Widerspruch stehen mit den Erfahrungen, die die Tabakarbeiter gemacht haben. Er sagt, die Löhne seien damals nicht zurückgegangen. Nach den Erfahrungen der Tabakarbeiter sind aber die Löhne ganz wesentlich zurückgegangen. Ich habe hier eine Statistik vor mir, da heißt es: „Vor 1879 waren Hamburg und Bremen die Zentren der Zigarrenfabrikation. Nach einer Zusammenstellung aus den Büchern der 15 größten Zigarrenfabrikanten Hamburgs zahlten diese 1878 für ein Tausend Zigarren 16 M. bis 36 M., im Durchschnitt 18,17 Mark. Durch die Zollerhöhung trat hier eine große Arbeitslosigkeit ein, und es sind Tausende Zigarrenarbeiter nach Amerika gegangen, so daß vorläufig eine erhebliche Verminderung der Arbeiter eintrat. Während 1878 in Deutschland 119 000 Tabakarbeiter gezählt wurden, ermittelte man 1882 nur noch 110 000, und doch waren in den Jahren 1879 bis 1882 in den Gegenden, wohin die Hamburger und Bremer Fabrikanten mit ihrer Fabrikation gezogen waren, zehntausende neuer Arbeiter angelernt worden. 1892 zahlten dieselben Fabrikanten für dieselben Sorten, wofür sie 1878 in Hamburg 16 bis 36 M. gezahlt hatten, in Westfalen und Thüringen, wohin sie mit ihrer Fabrikation gezogen waren, für 1000

Zigarren 5–9 M. für Formarbeit und 9–12 M. für Handarbeit.“ Es ist also von Bremen und Hamburg, die damals das Hauptkontingent der Zigarrenindustrie stellten, eine vollständige Flucht nach anderen Landesteilen, namentlich nach Thüringen und Westfalen und späterhin auch zu uns nach Süddeutschland erfolgt. Wichtig ist ja, daß es im großen ganzen nicht zu beklagen war, daß auch bei uns in Süddeutschland, insbesondere auch bei uns in Baden, sich die Tabakindustrie auch eingebürgert hat. Aber tief bedauerlich war es trotzdem, daß die Tabakindustrie sich nur deshalb bei uns in Baden angesiedelt hat, um hier zu Schandlöhnen ihre Produkte herzustellen. Ich habe Ihnen vorhin vorgelesen, was an Arbeitslöhnen in Bremen und Hamburg bezahlt wird. Bei uns in Baden ist dieselbe Arbeit, für die in Hamburg und Bremen 16 Mark bezahlt wurde, um 4 und 5 Mark geleistet worden. Handarbeiten, die in Hamburg mit 36 Mark bezahlt wurden, sind bei uns zu einem Lohn von 9 und 10 Mark angefertigt worden. Was war die Folge davon? Daß das männliche Element aus der Tabakindustrie vollständig ausgeschieden werden mußte, weil es einem verheirateten Mann nicht mehr möglich war, seine Familie aus einem solchen Verdienst ernähren zu können. Der frühere Fabrikinspektor Wörriehöfer, der ja eingehende Studien in der Tabakindustrie bei uns gemacht hat, hat selbst festgestellt, daß in Baden für Wickeln 1,40 Mark bis 1,70 Mark und für das Rollen 3,20 bis 3,60 Mark Taglohn bezahlt wurden. Das war im Jahre 1889. Es ist dort also vorgekommen, daß verheiratete Männer am Samstag mit einem Lohn von 9, 10, 11 und 12 M. heimgeschickt wurden. Daß man mit einem solchen jämmerlichen Lohn keine Familie mehr ernähren kann, brauche ich Ihnen wohl nicht erst auseinanderzusetzen. In vielen Familien mußten deswegen alle Familienmitglieder zum Erwerb herangezogen werden. Aber außerdem hat die Zigarren- und Tabakindustrie Eingang gefunden in den Gefängnissen und Zuchthäusern, so daß die ganze Tabakindustrie jetzt geradezu zu einem erbärmlichen Lebenserwerb geworden ist. Es ist deshalb unverständlich, wie der Herr Finanzminister noch das Wort aussprechen konnte: „der Tabak schreie geradezu nach einer weiteren Belastung“. Nein, den Tabak werden Sie nicht treffen, sondern die Tabakarbeiter, und die Tabakarbeiter schreien nach Entlastung und nicht nach weiterer Belastung. In der Tabakindustrie werden Tausende von Arbeitern beschäftigt, die infolge ihrer körperlichen Beschaffenheit, ihrer Konstitution nicht befähigt sind, sich in einem anderen Beruf einen Erwerb zu suchen. Wir finden auch, daß eine ganze Anzahl von Fabrikanten ihre Fabriken vom badischen Unterland, wo die Löhne noch etwas höher sind als im Oberland, nach dem Oberland zu verlegen begannen. In Elsaß-Lothringen hat man vor einigen Jahren noch gar nichts von Zigarrenfabrikation gewußt mit Ausnahme der Manufaktur in Straßburg. Gehen Sie aber jetzt nach Elsaß-Lothringen, da finden Sie, ebenso wie in andern Bundesstaaten, nicht nur einige wenige, sondern eine große Zahl von Zigarrenfabriken gerade aus Baden, die ihren Sitz nach dorthin verlegt haben, weil ihnen bei uns die Löhne zu hoch erschienen. Eine ganze Anzahl von Zigarrenfabrikanten haben sich auch schon im Spejart angesiedelt, in einem Gebiete, wo man vorher absolut nichts von einer Tabakindustrie gewußt hat. Sie sehen also, daß überall eine Verlegung der Tabakfabriken stattfand. Es werden also durch die Steuer nicht nur eine neuerliche Belastung für die Tabakarbeiter eintreten, sondern auch eine Belastung für eine ganze Reihe von Gemeinden, die von dem Einkommen der Tabakarbeiter leben; ich will hier aus dem badischen Unterland nur die

Gemeinden Godesheim, Walldorf, Sandhausen usw. herausgreifen.

Es ist von Seiten des Herrn Finanzministers auch die Behauptung aufgestellt worden, in anderen Staaten sei der Tabak noch weiter belastet als bei uns in Deutschland. Der Herr Kollege Neuhaus hat bereits darauf hingewiesen, daß bei uns pro Kopf der Bevölkerung insofern eine größere Belastung sich ergebe, als bei uns mehr konsumiert werde. Damit erschöpft sich aber die Antwort nicht. Der Raucher hat bei uns nicht allein die Steuern und Zölle, sondern auch die Gewinne und Profite der Fabrikanten, der Händler und Kaufleute zu tragen. Wenn also der Herr Finanzminister die Belastung, von der der Herr Abg. Neuhaus gesprochen hat, auch noch hinzurechnet, wird er finden, daß bei uns der Tabak viel schwerer belastet ist, und daß bei uns der einzelne viel mehr Opfer bringen muß als in den vom Herrn Finanzminister bezeichneten Staaten. In anderen Bundesstaaten scheint man über die Wirkung des Tabakzolls doch auch anderer Meinung zu sein. Ich habe hier einen Zeitungsausschnitt von der Beratung der Bürgerschaft in Bremen, und da heißt es: „Die Bürgerschaft faßte eine Resolution, in der die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß der Senat Alles gegen die Banderolensteuer und jede Mehrbelastung des Tabaks ausbieten werde, weil 1. die indirekten Steuern bereits enorm gesteigert seien, 2. die Tabakindustrie sehr geschädigt würde und 3. Bremen schwer darunter leiden müßte.“ Das ist ein ganz richtiger und korrekter Standpunkt, und ich verstehe es nicht, daß man in Baden, wo man es wirklich nötig hätte, einen anderen Standpunkt einnimmt. Der Herr Kollege Neuhaus hat ja schon darauf hingewiesen, daß kein Bundesstaat im ganzen deutschen Reich so viele Arbeiter in der Tabakindustrie beschäftigt, als Baden. Es handelt sich bei uns um 40 000 Arbeiter, die von dieser Steuer betroffen würden. Nun heißt es ja allerdings, daß eine Progression eintreten soll, daß die höheren, die besseren und feineren Sorten von der Steuer mehr betroffen werden sollen, als die minderwertigen Sorten. Ja, ich befürchte nur, es wird Ihnen dabei gehen, wie es dem Reich mit der Fahrkartensteuer gegangen ist. Damals hat man auch gesagt, die zweite und die erste Klasse sollten härter besteuert werden, die Herren also, die in der ersten und zweiten Klasse fahren, sollten auch hauptsächlich die Fahrkartensteuer tragen, und sie seien auch dazu in der Lage. Nun haben wir ja gesehen, daß der Ertrag der Fahrkartensteuer um 7 Millionen niedriger ist, wie man eingeschätzt hatte. Wie kam das? Die Herrschaften sind nach Einführung der Steuer eben von der zweiten in die dritte Klasse gewandert, dieselben Herrschaften, die im Reichstag feinerer Art für die Fahrkartensteuer eintreten waren. Preußen hat einen Ausfall von 10 Millionen erlitten, und das Reich hat die erwartete Einnahme nicht erzielt. Wenn man bei uns die 10 oder 8 Pfenniggarre stärker besteuert als die 5 und 6 Pfenniggarre, da bin ich fest überzeugt, daß die Herrschaften nachher die 5 und 6 Pfenniggarre rauchen, damit sie die Steuer sparen. Damit werden Sie also nicht zum Ziele gelangen und die badische Regierung wird gut daran tun, — und es ist ja noch Zeit —, im Bundesrat gegen die Besteuerung zu stimmen.

Nun wird ja allerdings an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß diese steuerliche Belastung geeignet sei, den inländischen Tabak zu schützen. Der Herr Abg. Neuhaus hat schon darauf die richtige Antwort gegeben. Wenn man den inländischen Tabak schützen will, dann ist es schon besser, man geht von der Tabaksteuer überhaupt ab, denn das ist nicht zu bestreiten: sie wird in der Hauptsache bestritten und bezahlt werden

müssen von den Tabakarbeitern. Wir haben ja auch schon gehört, daß in Friedrichsthal die Summe, die dort an Tabaksteuer bezahlt werden muß, zirka 100 000 M. beträgt. Es wird also wohl viel besser sein, wenn die Regierung endlich dazu kommt, statt nach neuen Steuerquellen zu suchen, zunächst einmal versucht, zu sparen. Denn so werden wir nicht mehr fortfahren können. Die Belastungen steigen ins Unermessliche, und außerdem finden wir, daß die Steuerquellen beinahe erschöpft sind. Da sollte man zunächst einmal bei unseren militärischen Einrichtungen zu sparen anfangen. Mehr als 1300 Millionen müssen jährlich aufgebracht werden für Heer und Marine, und es wird dabei uns gegenüber die Behauptung aufgestellt, daß diese Aufwendungen notwendig seien zum Schutze des deutschen Reiches, zur Sicherheit des Vaterlandes. Die sozialdemokratische Partei hat darüber eine andere Anschauung: Wir glauben, daß gerade durch die Erhöhung und durch die fortgesetzte Vermehrung dieser Ausgaben unser Vaterland gefährdet wird. So wie wir mit den militärischen Rüstungen fortfahren, tun es die anderen Staaten bekanntlich auch, und das kann nicht so weiter gehen. Also, es müssen Ersparnisse gemacht werden, und dabei ist auch nicht zu vergessen, daß auch unser engeres Vaterland, daß die einzelnen Bundesstaaten dabei sehr beeinträchtigt werden. In unserem diesjährigen Finanzbudget sind an Matrikularbeiträgen ja jetzt schon über 900 000 Mark für das nächste Budget sind bereits über eine Million vorgesehen, und wie das Finanzbudget aussehen wird im Jahre 1911 oder 12, das wissen wir nicht. Ich kann mich schon in die Lage der einzelnen Bundesstaaten und ihrer Finanzminister hineindenken, und ich verstehe, daß sie versuchen, sich nach dieser Richtung hin zu entlasten, aber ich glaube, daß man es nicht wird umgehen können, daß die Matrikularbeiträge anders aufgebracht, anders umgelegt werden, daß, wovon man jetzt spricht, eine sogenannte „Veredelung der Matrikularbeiträge“ erfolgt. Es ist ein Unding, daß gerade die ärmeren Bundesstaaten am stärksten getroffen werden. Ich will ja von Baden noch absehen, trotzdem auch Baden von diesen Matrikularbeiträgen ungemein schwer betroffen wird. Es gibt aber eine ganz große Anzahl kleinerer Staaten, namentlich die Thüringischen Staaten, die auf den Kopf der Bevölkerung so viel zu zahlen haben wie die Stadt Hamburg mit ihren großen Steuerkapitalien. Das gleiche trifft zu bei Bremen und Preußen, die über ungeheure große Steuerkapitalien verfügen. Das wäre also auch ein Punkt, an dem die Herren Finanzminister der einzelnen Bundesstaaten einmal einsehen sollten.

Was das badische Finanzbudget betrifft, so ist ja schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß dabei kein Grund zur Sorge vorliege; aber auch hier kann man sagen: „es erben sich Geseh und Recht wie eine ewige Krankheit fort“. Auch in diesem Budget lesen wir wieder von der Spannung der Finanzen. Dieses Wort haben wir von allen früheren Finanzministern gehört. Das Budget war immer gespannt. Der Herr Kollege Kolb hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das Defizit, das heißt der ungedeckte Aufwand von 6 Millionen, nichts sagen will, weil zweifellos das Budget schon so viele Reserven enthält, daß diese 6 Millionen ausgeglichen werden können. Ob wir allerdings mit derselben Zuversicht auch in die Zukunft blicken können, das ist eine andere Frage. Es ist hier schon auf die gestuudeten Matrikularbeiträge hingewiesen worden. Wir haben im Jahre 1910 mehr als eine Million an Bierausgleichsteuerbeiträgen zu bezahlen. Es kommt im Jahre 1910 weiter hinzu, daß wir zwei Drittel unserer Erbschaftsteuer an das

Reich abführen müssen, so daß wir also vom Jahre 1910 ab mit einer Hinzuzahlung von etwa 5 Millionen zu rechnen haben werden. Das ist ein Betrag, der bei dem Umfang unseres badischen Staatsbudgets schon sehr stark ins Gewicht fällt. Es wird also kaum zu umgehen sein, daß man den Forderungen, die wir schon seit einer Reihe von Jahren im Landtag sowohl wie im Reichstag stellen, entgegenkommt.

Ich erinnere Sie dabei zunächst an die Reichseinkommensteuer. Die rechtsstehenden Parteien lehnen sie aus „wohlerwogenen“ Gründen ab, ebenso die Reichsregierung. Es heißt, daß diese Reichseinkommensteuer einen Eingriff in die Steuerhoheit der einzelnen Bundesstaaten darstelle. Wir haben ja eigentlich mit diesem Eingriff schon durch einzelne Steuerarten begonnen. Ich erinnere Sie an die Erbschaftsteuer. Vor Jahren hat man bei uns in Baden auch nicht geglaubt, daß es möglich sein werde, daß wir zwei Drittel der Einnahmen aus der Erbschaftsteuer an das Reich hinauszuzahlen haben. Man könnte aber wohl eine Zusatzsteuer zu unserer direkten Steuer erheben: Der Herr Finanzminister Becker hat uns im vorletzten Landtag vorgerechnet, daß, wenn man alle diejenigen, die ein höheres Einkommen als 6000 M. haben, progressiv steigend mit einer Einkommenssteuer belasten würde, dadurch dem Reich etwa 900 Millionen zugeführt werden könnten. Das ist also beinahe der Betrag, der gerade dem Reich zur Ordnung der Reichsfinanzen fehlt.

Die Reichserbschaftsteuer müßte auch weiter ausgebaut werden. Es ist eigentlich ein Nonpens, daß ein Erbe aus dem dritten Glied, der vielleicht 1000, 1500 oder 2000 Mark erbt, dieses kleine Erbschaft veräußern muß, während ein direkter Abkömmling, der mehrere Millionen erbt, dafür keinen roten Pfennig Steuer zu zahlen braucht. Fräulein Krupp beispielsweise, hat, soviel man erfährt, ein Erbe von 400 Millionen angetreten. Glauben Sie, dieser Dame hätte es etwas geschadet, wenn sie an das Reich, aus dem eigentlich diese 400 Millionen stammen, auch mehrere Millionen Erbschaftsteuer gezahlt hätte? Also diese Dame mit einem Erbe von 400 Millionen zahlt keine Steuer, während ein armer Teufel, der 2 oder 3000 Mark erbt, Erbschaftsteuer bezahlen muß. Also hierin liegt nicht nur eine ungleichmäßige Berechnung der Steuer an und für sich, sondern ich glaube, daß auch in dieser Richtung dem Reich ganz erhebliche Einnahmen zugeführt werden können.

Nun spricht man ja auch davon, daß im Reich in den nächsten Jahren nicht allein die laufenden Ausgaben gedeckt werden sollen, sondern man müsse auch an eine Amortisation denken. Die Amortisation denkt man sich so, daß jährlich 24 Millionen heimbezahlt werden sollen. Ich glaube nicht, daß es der Reichsregierung möglich sein wird, bei der großen Finanzmisere diese 24 Millionen aufzubringen. Außerdem ist, und zwar auch wieder in dem Finanzvortrag des Herrn Finanzministers, darauf hingewiesen, daß der *Fnvalidenfonds* beinahe aufgebraucht sei. Es kommt weiter hinzu die Erhöhung der Reichsbeamtengehälter, welche nach Ansicht des Herrn Finanzministers etwa 10 Millionen beträgt. Ich weiß nicht, wie man da soll ausweichen können, künftighin auch die Erbschaftsteuer schwerer heranzuziehen, die Erbschaftsteuer, die in unserem Reichshaushalt mit 42 Millionen angesetzt ist. Ich habe erst voriges Jahr gelesen, daß Frankreich aus der Erbschaftsteuer etwa 280 Millionen vereinnahmt, und auch England nimmt mehr als 200 Millionen ein. Also nach der Richtung könnte dem Reich leicht mehr zugeführt werden. Man zögert aber, diese Steuer einzuführen, weil man diejenigen

Kreise damit trifft, die man zur Bewilligung anderer Steuern notwendig hat, und weil man ganz genau weiß, daß mit dem Moment, wo diese besitzenden Kreise von der Steuer betroffen werden, sie nicht mehr für neue Bewilligungen zu haben sein werden.

Nun zu den inneren Finanzen. Ich habe vorhin schon bemerkt, daß ich es begreiflich finde, wenn die Finanzminister versuchen, die Steuer auf andere abzuladen. Die Finanzminister der einzelnen Bundesstaaten sollten aber auch versuchen, sich mehr und mehr vom Reich zu emanzipieren; denn solange sie allen dortigen Anforderungen entsprechen und sie billigen, werden wir zu ordentlichen finanziellen Verhältnissen nicht kommen. Bei uns in Baden wird ja in den nächsten Jahren, abgesehen von diesen Mehrforderungen des Reiches, auch mehr gefordert werden müssen zur Erhöhung der Beamtengehälter. Ich will das hier nicht erwähnen, um etwa abschreckend zu wirken; aber was mich veranlaßt, dazu zu sprechen, ist der Umstand, daß man versucht, die Einkommensteuer zu erhöhen, und zwar in dem Moment, wo man daran ist, den Steuerfuß für die Vermögen zu reduzieren. Ursprünglich hat die Regierung einen Steuerfuß von 12 Pfg. vorgesehen. Man ist nachher auf vorläufig — ich sage ausdrücklich: vorläufig — 11 Pfennig gekommen, aber man hat der Regierung die 12 Pf. in Aussicht gestellt. Inzwischen hat aber der Herr Finanzminister uns, und zwar zu unserem nicht geringen Erstaunen, erklärt, daß die badische Staatsregierung gar nicht mehr auf diesen 12 Pf. besteht, sondern sie werde auch mit 11 Pf. dauernd vorlieb nehmen. Und auf der anderen Seite stellt man eine Erhöhung der Einkommensteuer in Aussicht, von der diejenigen Kreise in der Hauptsache betroffen werden, die es am allerwenigsten vertragen können! Es ist mir unverständlich, daß man auf der einen Seite versucht, das große Kapital, die großen Vermögen zu schonen, während man in demselben Augenblick auf der anderen Seite daran gehen will, die breite Masse der Bevölkerung weiter zu belasten. Es ist dabei nicht zu vergessen, daß wir erst im Jahre 1904 die Einkommensteuer um 20 Proz. erhöht haben.

Noch wenige Worte zu der anderen Behauptung, die sozialdemokratische Partei würde der Anleihepolitik das Wort reden. Das trifft absolut gar nicht zu, und ich muß dieser Beschuldigung mit aller Entschiedenheit widersprechen. Niemand von unseren Rednern hat der Anleihepolitik das Wort gesprochen, nur waren wir im allgemeinen auf dem Standpunkte gestanden, daß für außerordentlich große Unternehmungen zur Deckung Anleihen aufgenommen werden sollten. Ich verteidige die Anleihepolitik, die im allgemeinen von unseren großen Städten befolgt wird, auch nicht. Wir in Mannheim brauchen jetzt jährlich zur Deckung, das heißt zur Amortisation und Verzinsung unserer Schuld, etwa 2 Mill. Mark, und diese 2 Mill. Mark sind in einem Budget von etwa 11 Mill. Mark ein gar hoher Betrag, mit denen wir jährlich sehr viel tun könnten. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß jedes Schulhaus, das erstellt wird, aus Anlehensmitteln erstellt werden soll. Bei uns kostet ein Schulhaus, bei der Größe, wie wir sie bedürfen, etwa 6 bis 700 000 M. Diese 6 bis 700 000 M. für diese Schulhäuser könnten sehr wohl aus laufenden Mitteln bestritten werden. Wir brauchen in Mannheim jedes Jahr ein Schulhaus, und da versteht man dann nicht mehr, aus welchem Grunde nachher diese Ausgaben, welche jedes Jahr fast wiederkehren, auf Anleihen genommen werden sollen. Aber es geht jetzt kaum mehr anders, denn es ist damit begonnen, und man muß damit nun weiter fortfahren.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die außerordentlichen Unternehmungen sehr wohl aus Anlehensmitteln bestritten werden könnten, denn wir haben bis jetzt recht schlechte Erfahrungen gemacht. Eine große Anzahl von dringenden Erfordernissen, von dringenden Aufgaben mußte bis jetzt in den Hintergrund gestellt werden. Es ist davon gesprochen worden, daß sich darunter auch unsere kulturellen Forderungen befänden hätten. Von der Regierungsbank ist dieser Behauptung widersprochen worden. Trotzdem trifft aber sie zu. Unsere Schulverhältnisse liegen sicher sehr im Argen. Ich habe hier eine Statistik, die gegen die Behauptungen spricht, die von der Regierungsbank aufgestellt wurden. Nach dieser Statistik menden jährlich für einen Volksschüler auf: Bremen 77 M., Hamburg 74 M., Lübeck 69 M., Anhalt 51 M., Sachsen 50 M., Preußen 48 M., Hessen 48 M., Bayern 46 M., Meiningen 45 M., Koburg-Gotha 45 M., Braunschweig 44 M., Oldenburg 44 M., Weimar 43 M., Württemberg 42 M., Sondershausen 42 M., Baden 40 M., und nächstdem kommt das bekannte Mecklenburg mit 40 Mark. Es ist kein rühmendes Zeugnis, in bezug auf Schulbildung neben Mecklenburg zu rangieren. Also man kann wirklich nicht sagen, daß man nach der Richtung hin bei unserer Staatsverwaltung nichts veräumt hätte. Man hat ja jetzt einen neuen Anlauf genommen, unsere Schulverhältnisse zu bessern, und man hat auch größere Mittel vorgezogen. Aber es war doch so beim letzten Landtage, daß der Herr Staatsminister nahe daran war, das ganze Elementarunterrichtsgesetz lieber unter den Tisch fallen zu lassen, als daß die Staatskasse noch weitere Mittel auf sich nahm. Man ist ja jetzt dabei, neue Seminare zu bauen, und durch die Besserstellung der Lehrer wird es uns auch gelingen, in quantitativer und qualitativer Hinsicht den Lehrkörper zu verbessern.

Aber daran liegt es nicht allein, wenn man das Gesetz, das wir im Landtage angenommen haben, verwirklichen will. Die Staatsbehörde muß auch unseren kleineren ärmeren Gemeinden hinsichtlich der Schulhausbauten weiteres Entgegenkommen zeigen. Im ordentlichen Etat sind ja 50 000 M. für die Unterstützung ärmerer Gemeinden für Schulhausbauten vorgezogen und nachträglich auch im außerordentlichen Etat weitere 150 000 M. Aber das sind Beträge, mit denen wir nicht auskommen können. Was nützt es, wenn wir im Elementarunterrichtsgesetz die Vorschrift stehen haben, es dürfen nur 100 Schüler in einer Klasse untergebracht werden, und es müssen die Kinder wöchentlich 20 Unterrichtsstunden genießen, wenn es uns an den notwendigen Schulhauslokalitäten fehlt? Ich würde dem Herrn Staatsminister sehr empfehlen, einmal eine Rundreise durch Baden zu machen und sich einmal diese jämmerlichen u. traurigen Schulhäuser anzusehen; an die vielen Kinder darf man gar nicht denken, die jetzt schon in Wirtschaftslokalitäten untergebracht werden müssen. Das ist doch kein Zustand, der dafür spricht, daß bei uns in kultureller Hinsicht, namentlich in Hinsicht auf die Schule, bis jetzt alles getan worden sei.

Ich kann meine Ausführungen damit schließen, daß ich sage, daß unsere Verhältnisse für die Zukunft recht trübe sind. Man sollte ernstlich versuchen, weitere Ausgaben zu vermeiden und endlich einmal mit Sparen anzufangen. Es gibt Gelegenheit gerade genug dazu.

Abg. Dr. Binz (natl.): Unmittelbar nach der Rede des Herrn Abg. Dr. Obkircher am letzten Mittwoch hat der Herr Staatsminister einem gewissen Unmut über die Länge der Reden, die hier gehalten werden, Ausdruck gegeben. Der zeitliche Zusammenhang dieser Äußerung hat naturgemäß den Eindruck hervorgerufen, daß diese

Bemerkung des Herrn Staatsministers insbesondere der Rede des Abg. Dr. Obkircher gelte. Ich bin nun der Meinung, daß eine derartige Kritik gegenüber irgendwelchen Reden in diesem Hohen Hause nicht angebracht ist. Wenn sie aber gegenüber irgend einem unserer Kollegen ungerecht erscheint, so war dies gegenüber dem Herrn Abg. Dr. Obkircher der Fall, von dem wir wohl sagen dürfen, ohne Widerspruch befürchten zu müssen, daß er in der gedungenen Kürze seiner Ausführungen manchem von uns ein Vorbild sein kann. Ich weiß, daß der Herr Staatsminister nicht die Absicht hatte, gegen den Herrn Abg. Dr. Obkircher einen Vorwurf zu erheben. Ich nehme auch nicht an, daß irgend einem Mitgliede dieses Hohen Hauses gegenüber ein Vorwurf erhoben werden wollte, sonst müßte ich einen solchen allgemein zurückweisen. Wir Alle haben ein Interesse daran, unsere Verhandlungen möglichst abzukürzen; und wenn die Mitglieder der Großh. Regierung die Stimmung in den einzelnen Fraktionen und die Stimmung jedes Einzelnen von uns kennen würden, so würden sie den guten Willen, möglichst abzukürzen, überall finden. Allein abgesehen davon, daß es nicht Jedem gegeben ist, seine Gedanken in so gebrängter Weise überall zum Ausdruck zu bringen, wie das seinem eigenen Wunsche entsprechen möchte, muß doch der Gerechtigkeit halber auch gesagt werden, daß wir Alle unter dem Zwange der Verantwortlichkeit und des Pflichtgefühls stehen, wenn wir zu der Anzahl von Fragen, zu den umfassenden Materien, die uns unterbreitet sind, uns, jeder nach seiner Weise, auszusprechen für notwendig halten. Den Wunsch teile ich vollkommen mit dem Herrn Staatsminister, daß wir uns tüchtigster Kürze befleißigen möchten, und in diesem Sinne akzeptiere ich die Äußerung des Herrn Staatsministers.

Ich will nicht über das oft erwähnte Gebetbuch oder den Ödreslexikon sprechen, die Debatte hierüber hat der Herr Abg. Zehnter in seiner ersten Rede provoziert, wie diejenige über noch so manches andere, was wir schon oft im Landtag gehört haben. Zweifellos hat der Herr Abg. Zehnter durch seine bezüglichen Auslassungen den Herrn Kollegen Muser — der gar nicht zur Finanzdebatte sprechen wollte — geradezu genötigt, sich zum Wort zu melden.

Wenn man sich übrigens bemüht, sich in seinen Ausführungen tüchtigste Beschränkung aufzuerlegen, so begegnet es uns leicht, daß wir außerhalb des Hohen Hauses von beteiligten Kreisen darauf interpelliert werden, warum wir über diese und jene weitere Frage uns nicht ausgesprochen haben. Und so will ich einiges nachholen, was ich in meinem ersten Vortrag nicht berührt habe.

Es ist wiederum von der Einreihung der Lehrer in den Gehaltstarif die Rede gewesen. Der Herr Staatsminister hat gemeint, daß die Erklärungen der Vertreter der großen Parteien auf dem letzten Landtage in dieser Frage abschließend gewesen seien und daß sonach ein Anlaß zur weiteren Erörterung auf diesem Landtage nicht gegeben sei. Allein die Wiederaufwerfung dieser Frage steht nicht mit den Erklärungen im Widerspruch, die wir auf dem letzten Landtag anlässlich der Novelle zum Elementarunterrichtsgesetz abgegeben haben. Die Frage der Einreihung der Lehrer in den Gehaltstarif ist eine prinzipielle, und in gewissem Sinne eine Ehrenfrage für die Lehrer. Sie wollen nicht einer besonderen beamtenrechtlichen, tarifarischen Behandlung unterliegen, sondern in die Reihe der übrigen öffentlichen Diener des Landes einrangiert werden. Die Lehrer haben unter der Sonderstellung in der Vergangenheit gelitten. Sie wollen die Wiederkehr der leidigen Tatsache verhindern, daß sie bei etwaigen künftigen Revisionen des Gehaltstarifs der übrigen Beamten links liegen gelassen werden. Ich erkläre, daß wir in dieser Frage denselben Standpunkt einnehmen wie auf dem verfloffenen Landtag,

und kann nur den Wunsch aussprechen, daß die Angelegenheit in der Kommission, die wir zur Beratung der Beamtenvorlagen gebildet haben, zur Erörterung gelangt.

In meinem ersten Vortrage habe ich mich zu der Frage der Fleischsteuer nicht geäußert. Selbstverständlich stehen ich und meine Freunde prinzipiell noch auf demselben Standpunkt, den wir auf dem letzten Landtage eingenommen haben. Die Fleischsteuer ist wissenschaftlich und volkswirtschaftlich eine nicht mehr haltbare Steuer; das hat auch schon der verstorbene Finanzminister Buchenberger anerkannt. Und wenn man jetzt wieder darauf hinweist, sie belaste eigentlich nur den Metzger, so ist demgegenüber schon das Nötige bemerkt worden. Die Fleischsteuer ist seinerzeit im Zustande der größten Not unserer Staatskasse (als infolge der Kriegsergebnisse das Land ausgezogen war) eingeführt worden, wobei gleichzeitig deren Wiederaufhebung bei sich bessernden Verhältnissen in Aussicht genommen wurde. Es hat lange gedauert, bis nun endlich die Aufhebung in greifbare Nähe gerückt schien; die Ankündigung des Herrn Finanzministers bei seinem Finanzvortrag ist von dem Hohen Hause allseitig mit Beifall begrüßt worden. Umso mehr habe ich es bedauert, daß der Herr Finanzminister in der Hohen Ersten Kammer sozusagen den Rückzug angetreten hat. Eine Steuer, die den Fleischkonsum mit etwa 800 000 M. jährlich belastet, wirkt selbstverständlich auch bei der Preisbildung mit. In welchem Stadium dieser Faktor bei der Preisbildung sich geltend macht, ist es sehr schwer festzustellen, wie überhaupt bei den indirekten Steuern. Aber sie ist doch zweifellos eine Belastung der Produktion. Ich hoffe, daß im Zusammenhang mit unseren weiteren finanzrechtlichen und budgetären Maßnahmen sich noch auf diesem Landtage die Aufhebung ermöglicht wird, getreu der Erklärung der Großen Regierung, die sie uns doch vermöge ihrer Verantwortlichkeit und vermöge ihrer Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der Steuer, nicht lediglich Zeitungsartikeln nachgehend, seiner Zeit vor uns abgegeben hat. Deplazierte Zeitungsartikel sollten nicht imstande sein, die Regierung in ihrem Entschluß wankend zu machen, wenn ich auch zugebe, daß die Haltung der Hohen Ersten Kammer der Großen Regierung die Festhaltung des einmal eingenommenen Standpunktes erschwert hat.

Ueber die Reichsfinanzreform will ich mich nicht weiter aussprechen. Vonseiten des Herrn Budgetpräsidenten und auch vonseiten des Herrn Kollegen Dr. Obkircher ist bereits ausgeführt worden, was im Rahmen der Verhandlungen des badischen Landtages wohl gesagt werden kann; auch verschiedene andere Herren Redner haben sich darüber ausgelassen. Ich möchte nur gegenüber einer Bemerkung des Herrn Abg. Pfeiffle eine Richtigstellung eintreten lassen. Er hat gemeint, bei der Lantiensteuer sei der geringe Ertrag wohl darauf zurückzuführen, daß diese Steuer leicht umgangen werden könne. Der Herr Abg. Pfeiffle irrt nach meiner Meinung. Steuerpflichtig dem Fiskus gegenüber sind die betr. Gesellschaften. Die Lantien der Aufsichtsräte sind bilanzmäßig festzustellen. Eine gewisse öffentliche Kontrolle dieser bilanzmäßigen Feststellungen der Lantien findet statt, da die Bilanzen zum Teil nach Vorschrift des Gesetzes zu veröffentlichen sind, jedenfalls aber der Kontrolle der Generalversammlungen unterliegen. Daß sich Aufsichtsräte, die als ehrenhaft angesprochen werden können, der Gefahr aussetzen, in hohe Strafen genommen zu werden, das halte ich denn doch im großen und ganzen für ausgeschlossen. Wenn aber Unterschleife stattfinden, so bin ich der erste, der für ein rückwärtsloses Vorgehen eintritt.

Was die Finanzpolitik in unserem Lande Baden anbelangt, so möchte ich zunächst der Befriedigung

darüber Ausdruck geben, daß unser Herr Finanzminister übrigens im Einklang mit der Erklärung des Herrn Staatsministers dem Gedanken der Anlehenpolitik nicht mehr mit der schroffen Ablehnung gegenübersteht, wie das wohl früher, übrigens nicht nur bei ihm, auch bei vielen anderen, — und ich zähle mich zu diesen — der Fall gewesen ist. Aber je mehr ich mich in die Frage vertiefe, desto mehr bin ich zu der Ueberzeugung durchgedrungen, daß wir in unserer badischen Finanzpolitik an dem ja gewiß an sich guten, altväterlichen Standpunkt nicht mehr festhalten können. Die Uebernahme der Kosten für die Schiffarmachung des Oberrheines auf Anlehen hat der Herr Finanzminister für diskutabel erklärt: Damit ist eine Aenderung des prinzipiellen Standpunktes gegeben.

Ich muß entschiedenen Widerspruch gegen die Einstellung erheben, der man immer wieder in einer gewissen Presse begegnet, die uns unterschiebt, wir wollten nun eine Art leichtfertiger Schuldenwirtschaft in Baden inaugurierten. In einem Blatte, das in Baden verbreitet ist, aber in Baden selbst nicht erscheint, ist nach unserer letzten Aussprache wieder die unwahre Behauptung aufgetaucht, wir wünschten Anlehensaufnahmen selbst für gewöhnliche Bauten der allgemeinen Staatsverwaltung, für Dienstwohngebäude und dergl. Das direkte Gegenteil ist ausgesprochen worden. Ich habe angeführt, daß Hessen, Württemberg und auch Bayern den Weg der Anlehenpolitik zur Befriedigung außerordentlicher Bedürfnisse längst beschritten haben. Ich habe auf Hessen ganz besonders exemplifiziert und habe aus den verschiedenen Ressorts die Ausgabepositionen angeführt, die man in Hessen aus Anleihen bestreitet. Darunter sind allerdings auch Dienstgebäude in den verschiedenen Ressorts. Ich habe es abgelehnt, so weit zu gehen und dem hessischen Beispiel zu folgen. Nur für außergewöhnliche, auf absehbare Zeit nicht mehr wiederkehrende ungewöhnlich große Ausgaben zu besonderen Kulturzwecken habe ich eine Anlehenpolitik für unser Land als vertretbar erklärt. Wir bildeten ja bisher in der Tat eine Ausnahme unter unsern benachbarten Bundesstaaten. Unser leitender Gesichtspunkt in der Frage ist in Uebereinstimmung mit dem Herrn Finanzminister das Interesse des Landes.

Der Herr Finanzminister hat mit einer Art rednerischem Blendwerk uns die Frage vorgelegt: Sind wir denn in Baden mit unserer bisherigen Finanzpolitik schlecht gefahren? Steht nicht unser badisches Land auf einer Kulturhöhe, die sich mit der jedes deutschen Bundesstaates messen kann? Es ist bereits darauf erwidert worden, daß die Großen Regierung selbst auf einem früheren Landtag erklären mußte, daß wir auf einem wichtigen Gebiete, dem der Volksschule, nicht auf der wünschenswerten Höhe ständen. Dank dem verständnisvollen Vorgehen unseres Herrn Unterrichtsministers haben wir auf dem letzten Landtag einen tüchtigen Fortschritt gemacht. Aber ich stelle an den Herrn Finanzminister die Gegenfrage: Sind denn diejenigen Staaten, welche dem Gedanken der Anlehenpolitik nicht in der absolut ablehnenden Weise gegenüberstehen wie wir, damit schlecht gefahren? Ich glaube, diese Frage wird man auch nicht bejahen können. Worin aber stehen wir weniger gut da? Das ist in der Hohen Ersten Kammer wiederholt zum Ausdruck gelangt. Freiherr v. Göler war es, der jüngst wieder mit Recht darauf hinwies, daß wir in Baden nachgerade die höchsten Steuern haben. (Abg. Fräuf: Sehr richtig!) Das ist doch auch eine große wirtschaftliche Gefahr für unser Land, wenn wir in dieser ewig „gespannten Finanzlage“ immer wieder, jetzt in kurzer Zeit zum dritten Mal, vor eine Steuererhöhung gestellt werden!

Die gut situierten Städte unseres Landes betrachten es vielfach mit Recht als ihre Aufgabe, in möglichst weiten Kreisen im Inland und im Ausland bekannt zu geben — sie lassen hierwegen Druckfachen erscheinen —, wie die steuerlichen Verhältnisse der Stadt beschaffen sind. Es geschieht dies in der erfahrungsgemäß zutreffenden Berechnung, daß Fremde, daß kapitalkräftige Leute bei der Wahl ihres Aufenthalts die steuerliche Belastung sehr sorgfältig ins Auge fassen. Welch' ein wirtschaftlicher Schaden für unser Land, wenn es schließlich heißen würde: „Nirgends ist man so schwer mit Steuern belastet, als im Großherzogtum Baden!“

Es wird immer die Rechnung aufgestellt: Wieviel haben wir im Ganzen mehr zu bezahlen, wenn wir ein Anlehen aufnehmen und amortisieren? Es ist aber auch die Gegenrechnung aufzumachen, die sich ergibt, wenn man das werdende Kapital insoweit in der Wirtschaft des Volkes beläßt, statt dasselbe ohne Not zur Steuerkasse heranzuziehen.

Der Herr Finanzminister hat mit vollem Recht bemerkt — das entsprach auch meiner Auffassung und auch der Auffassung meiner Freunde —, daß keinesfalls unbedingt zu einer Anlehenspolitik zu schreiten ist. Das hängt von der Gestaltung unseres Staatsbudgets ab. Auch werden eintretendenfalls in erster Linie die 2 Millionen Zuschuß zur Eisenbahnschuldentilgungskasse für die bevorstehenden größeren Ausgaben heranzuziehen sein. Daß auch der Herr Finanzminister doch einer pessimistischen Auffassung der finanziellen Lage unserer Eisenbahnen nicht mehr so zugeneigt ist, wie das zeitweise der Fall zu sein schien, entnehme ich auch aus der Tatsache, daß er den jetzigen Zeitpunkt für geeignet befunden hat, abweichend von der bisherigen Uebung den Bauaufwand nicht mehr von 50 000 Mark sondern erst von 100 000 Mark an auf den Bauetat zu übernehmen. Ich habe fast den Eindruck bekommen, daß man damit vermeiden wollte, unseren Betriebskoeffizienten allzu günstig erscheinen zu lassen (Abg. Fröhlich: Sehr gut!). Preußen verfährt freilich ebenso. Immerhin aber kann man die Frage aufwerfen, ob, was für ein so gewaltiges Eisenbahnnetz wie das preussische richtig erscheint, auch für unsere kleineren Verhältnisse geboten erscheint. Ich habe aber gegen die Neuerung durchaus nichts einzuwenden. Ich bin der Meinung, daß dadurch die Solidität unserer Eisenbahnfinanzen nur eine Stärkung erfahren kann.

Auf die politische Seite unserer Debatte, namentlich auf die verschiedenen Ausführungen, die durch den Herrn Abg. Zehnter veranlaßt worden sind, will ich mich des Weiteren nicht einlassen. Herr Abg. Dr. Zehnter hat heute wieder einen anderen Ton gefunden als in seiner ersten Rede. Die Würdigung dieser kleinen Wandlung, wenn man sie so nennen darf, will ich dem Hohen Haus und dem Lande überlassen. Was die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Schofer betrifft, in denen er sich verschiedentlich gegen uns gewandt hat, und in denen ich die Wiedergabe von Artikeln des „Bad. Beobachters“ erblickte, so kann ich dem Herrn Abg. Schofer das Zeugnis nicht versagen, daß die Wahrheit, die Logik und die Beweisführung in seinen Ausführungen durchaus auf der Höhe seines klassischen Werkes „Waldmichel“ stehen. Damit kann er, wie ich hoffe, zufrieden sein, und auch wir sind damit zufrieden. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen).

Hierauf wird abgebrochen.

Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, den eingekommenen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des § 127 des badischen Einführungsgesetzes zu den Reichsjustizgesetzen an die Kommission für Justiz und Verwaltung zu verweisen.

Weiterhin werden die Anträge der Abgg. Dr. Binz und Dr. Obkircher und Genossen betreffend die Abänderung der Gemeindeordnung bzw. Städteordnung ebenfalls an die Kommission für Justiz und Verwaltung verwiesen.

Schließlich wird der Eingang eines Antrags der Abgg. Dr. Obkircher und Genossen (unterzeichnet von Mitgliedern aller Parteien) angezeigt:

Hohes Haus wolle beschließen:

Die Großh. Regierung wird ersucht,

1. zur Vertretung der allgemein gültigen Interessen der Schifffahrt, der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft, der Gemeinden und der Staatseisenbahnverwaltung am Ausbau der bestehenden und an der Anlage neuer Wasserstraßen und an der wirtschaftlichen Ausnutzung unserer öffentlichen und privaten Gewässer eine Wasserwirtschaftskammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu errichten,
2. diese Körperschaft vor gesetzlicher oder behördlicher Regelung von wichtigeren Angelegenheiten aus den in Ziffer 1 berührten Gebieten soweit tunlich mit ihrer gutachtlichen Äußerung in wirtschaftlicher und in technischer Beziehung zu hören und ihr als weitere Aufgaben zuzuweisen, die Zentralbehörden, Kreis- und Gemeindeorgane, andere Körperschaften, genossenschaftliche Vereinigungen und Verbände durch tatsächliche Mitteilungen, Anregungen und Erstattung von Gutachten über Fragen dieser Art zu unterstützen, von Zeit zu Zeit Berichte hierüber zu veröffentlichen und überhaupt aufklärend und anregend zu wirken,
3. als Mitglieder dieser Körperschaft zu berufen:
 - a. gewählte Vertreter der Handelskammern, der Handwerkskammern, der Landwirtschaftskammer und der an den Wasserwirtschaftsfragen vorzugsweise beteiligten Gemeinden,
 - b. Techniker, Technologen und Volkswirtschaftslehrer der Hochschulen,
 - c. Vertreter der Staatseisenbahn- und der Wasserbauverwaltung,
 - d. sonstige Personen aus dem Kreise der sachverständigen und der um die Wasserwirtschaftsangelegenheiten verdienten Personen.

Schluß der Sitzung kurz vor halb 2 Uhr nachmittags.

* Karlsruhe, 1. Februar. 24. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 3. Februar 1908, nachmittags 4 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

In Verbindung mit der allgemeinen Diskussion über das Finanzgesetz.

Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Sed und Gen., die Kränkung verfassungsmäßiger Rechte (Former Schäufele in Kintheim) betr. — Druckfache Nr. 22.